

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 9.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 2. März 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Die Pflicht ruft alle Kolleginnen und Kollegen an die Werbearbeit für unseren Verband! Die kommenden Wochen müssen für eine gründliche Agitation ausgenutzt werden! Wer zurückbleibt, handelt pflichtvergessen!

Solidarität.

Die Solidarität, das Zusammengehörigkeitsgefühl, ist eine der schönsten gewerkschaftlichen Tugenden. Sie ist gleichsam der Inbegriff der Gewerkschaftsidee. Auf ihr baut sich unsere ganze Arbeit, unser Wirken und Streben auf. Solidarität über heißt ja, gemeinsam mit anderen einem gemeinsamen Ziele zustreben, heißt, die persönlichen Interessen der Gesamtheit unterordnen. Es ist darum eine Selbstverständlichkeit, daß wir christlich organisierte Arbeiter diese Tugend zu hegen und zu pflegen, aber auch vor Mißbrauch zu schützen haben.

Worauf basiert nun das Solidaritätsgefühl der christlich organisierten Arbeiterschaft? Zunächst auf der uns gemeinsamen sittlichen Weltanschauung und auf unsern nationalen Idealen. Diese haben uns geeint. Wir verteidigen sie gemeinsam gegenüber den materialistischen und antinationalen Tendenzen und dem Gefühlsterrorismus der Sozialdemokratie. Uns eint ferner die grundsätzliche Stellung zur Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Wir lehnen sowohl den Klassenkampf wie auch die zukunftsstaatlichen Phantastereien der Sozialdemokratie ab und stellen uns einmütig auf den Boden der realen Wirklichkeit. Im Gegensatz zur letztgenannten Partei, die auf den Sturz der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hinarbeitet, erstreben wir deren innere Festigung und organische Weiterentwicklung.

Neben diesen mehr grundsätzlichen Fragen schweift uns vor allem auch das Ständesbewußtsein, sowie das Streben nach materieller Besserstellung zu einer solidarisch handelnden Masse zusammen. Der christlich organisierte Arbeiter fühlt sich schon aus sittlichen Erwägungen verpflichtet, nicht nur an sein eigenes „Ich“, sondern auch an seine Ständeskollegen zu denken. Die Zurücksetzung, die seinem Stande sowohl im wirtschaftlichen als auch im gesellschaftlichen Leben zuteil wird, empfindet er persönlich mit. Er verbindet sich darum mit den ihm Gleichgesinnten, um mit vereinter Kraft dem Arbeiterstand auf all den genannten Gebieten den ihm gebührenden Platz zu erobern. Hierbei leitet ihn auch das Bewußtsein, daß persönlicher Egoismus dem einzelnen Arbeiter wie auch der Gesamtheit materiell zum Schaden gereicht. Der organisierte Arbeiter weiß, daß er auch im Arbeitsverhältnis als Einzelner machtlos ist, daß er nur in Verbindung mit seinen Ständesgenossen den Arbeitsvertrag zu seinen Gunsten zu beeinflussen vermag, daß hier seine persönlichen Interessen identisch sind mit jenen seiner Ständesgenossen.

Worin kommt nun echtes gewerkschaftliches Solidaritätsgefühl zum Ausdruck? Schon im persönlichen Verkehr der Arbeiter unter sich. Echte Gewerkschaftler helfen sich bei der Arbeit in recht kollegialer Weise aus. Sie meiden und bekämpfen die bei Unorganisierten oft vorhandenen Untugenden, wie Neid und Mißgunst, boshafte Schadenfreude und kleinliche Demunzationslust. Christliche Gewerkschaftler lassen sich natürlich auch gegenüber etwaigen sozialdemokratischen Unversimpelungen und Drangsalierungen nicht im Stiche, sondern sie verteidigen sich gemeinsam. Ein Gewerkschaftler, der wirkliches Solidaritätsgefühl besitzt, steht ferner stets, auch in schwierigen Zeiten, treu zum Verbands- und zu den Verbandsinstanzen. Er läßt sich weder durch Draufgänger im eigenen Lager, noch durch etwaige gegnerische Hege verleiten, der eigenen Organisation und deren Lokal-, Bezirks- oder Zentralleitung in den Rücken zu fallen. Es ist im Gegenteil sein

Bestreben, diese gegnerischen Angriffen gegenüber zu verteidigen. Auch den zur Vertretung seiner Interessen gewählten Kollegen, den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse und Lohnkommissionen steht er treu zur Seite und tritt gegebenenfalls für sie ein, gemäß dem Grundsatz: alle für einen und einer für alle. Kleinliche und ungerechte Kritik und Mörgelei an deren Tätigkeit unterläßt er und erkennt deren pflichtgemäße Bemühungen dankbar an. Ein solidarisch denkender und fühlender Kollege wird auch in allen Situationen, besonders bei Lohnbewegungen, seinen persönlichen Willen dem der Gesamtheit unterordnen. Bei wirtschaftlichen Kämpfen den kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, betrachtet er als Verrat an seinem Stande. Appelliert der Verband bei größeren Kämpfen an seine Opfermiltigkeit, so leistet er gerne seinen Extrabeitrag. Besonders dann, wenn die Unternehmer beabsichtigen, einen Schlag gegen die Organisation zu führen. Wir sind also nicht zu weit gegangen, wenn wir eingangs die Solidarität als den Inbegriff des Gewerkschaftsgedankens bezeichneten.

Und doch! Auch diese Tugend kann falsch aufgefaßt und mißbraucht werden. Und sie wird es auch. Ein Mißbrauch dieser Tugend liegt immer dann vor, wenn wir uns einem moral- und statutwidrigen und damit arbeiterschädigenden Vorgehen anschließen. Es ist z. B. falsch angewandte Solidarität, wenn organisierte Arbeiter einem gemäßigteren Kollegen zuliebe sofort, unter Kontraktbruch und ohne Genehmigung der Verbandsleitung, die Arbeit niederlegen. Es ist ein Mißbrauch der Solidarität, wenn organisierte Arbeiter glauben, eine von einigen Draufgängern injizierte Arbeitsniederlegung ohne weiteres mitmachen zu müssen. Noch kürzlich hatten wir einen Fall zu verzeichnen, wo Arbeiter infolge einer vollständig verkehrten Auffassung des Solidaritätsgedankens sich selbst und die Verbandsleitung in eine recht schwierige Situation gebracht haben. Die Sache ist kurz folgende:

In einer Weberei soll ein Arbeiter organisierte Kollegen denunziert, und weiter versucht haben, andere von der Organisation abspenstig zu machen. Daraus weigerten sich seine Nebensollegen, ihm beim Aufbäumen der Kette behilflich zu sein. Hierzu waren sie aber laut Fabrikordnung verpflichtet. Die betreffenden Arbeiter wurden wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen. Deren Vorgehen war zweifellos unüberlegt und verkehrt. Trotzdem glaubten die übrigen Arbeiter, sich solidarisch erklären zu müssen. Auch sie verweigerten das Aufbäumen der betreffenden Kette und wurden ebenfalls entlassen. Es kam schließlich so weit, daß der ganze Betrieb ruhte. Das alles geschah ohne Wissen und Willen der Verbandsleitung.

War das richtig angewandtes Solidaritätsgefühl? Nein!

Sollen wir uns mit irgendwelcher Handlung solidarisch erklären, so muß diese zunächst moralisch und rechtlich einwandfrei sein. Ein unter Kontraktbruch und ohne Genehmigung der Verbandsleitung begonnener Streik ist dies aber ebensovienig wie eine gegen die Fabrikordnung verstößende Arbeitsverweigerung. Ein solches Vorgehen hat ein organisierter Arbeiter entschieden abzulehnen, zumal es auch völlig zweckwidrig ist. Es wird damit in der Regel gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man erstrebt. Der Widerstand der Unternehmer wird verschärft, die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter eingenommen. Die Verbandsleitung selbst kann den Arbeitern wegen ihrer statutwidrigen Handlung nicht beistimmen. Diese müssen schließlich klein beigeben. Das Ergebnis ist eine riesige Blamage. Wirkliches Solidaritätsgefühl

erheißt darum ruhiges, besonnenes und wohlüberlegtes Vorgehen. Einem Gemäßigteren kann auf andere Weise weit besser geholfen werden, als wenn die Arbeiter aus „Solidarität“ die Brocken hinwerfen, große finanzielle Opfer bringen und schließlich erreichen, daß außer dem einen noch ein halbes Duzend weiterer Kollegen auf der Straße bleiben. Ebenso gibt's zur stattstellung eines Demunzianten andere, weniger riskante und doch erfolgreichere Wege, als die rechtswidrige Verweigerung der fabriksordnungsmäßigen Arbeitshilfe.

Erziehen wir also unsere Mitglieder zu einer warmherzigen und opferfreudigen, aber auch besonnenen und zielbewußten Solidarität. Nur diese wird uns und unsern Stand auch wirklich zum Nutzen gereichen. Die Erziehung zu solcher Solidarität wird auch, wie eine bekannte Schriftstellerin mit Recht sagt, vielleicht als geschichtlicher Faktor einmal noch höher bewertet werden wie die wirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation.

Ueber Stoff und Methode der gewerkschaftlichen Lektüre.

Der zunächstliegende Stoff.

Um einen sicheren Wegweiser zu erhalten zur Orientierung über das, was der Gewerkschaftler lesen soll und wie die Lektüre zu gestalten ist, muß er sich vor allen Dingen klar sein über den Gegenstand, dessen Studium ihm in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftler am Herzen liegen muß. So eng der Begriff „Gewerkschaft“ gefaßt ist und so scharf umgrenzt das unmittelbare Aufgabengebiet der Gewerkschaft ist, so ausgedehnt und umfassend ist der Idealkomplex, auf den die Gewerkschaftstätigkeit Rücksicht zu nehmen hat, wenn sie im richtigen Zusammenhang betrachtet wird. Fernstein hat einmal in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1906) diesen Idealkomplex ebenso kurz wie treffend mit den Worten umschrieben: „Sie (die Gewerkschaft) wird nie außer Acht lassen, daß sie nur ein Glied im großen Organismus der gesamten Volkswirtschaft ist, deren Gedeihen an den Produktionsfortschritt, die Hebung der Produktivität und die Verbesserung des Geschmacks gebunden ist“. Um es mit anderen Worten auszudrücken: Neben den materiellen Interessen, deren Wahrnehmung in erster Linie der Gewerkschaft obliegt, müssen die idealen Ansprüche zu befriedigen gesucht werden, die der materiellen Forderung des Arbeiters nicht nur die Berechtigung verleihen, sondern die materielle Hebung erst ausnützen und immer wieder von neuem anregen und begründen. Und die Pflege dieses letzteren Gebietes nun muß bei der Gewerkschaftslektüre in besonderem Maße berücksichtigt werden. Damit ist schon gesagt, daß auch die unterhaltende Lektüre in der Gewerkschaft Heimatrecht hat. Allerdings — mit sehr großen Einschränkungen, von denen nachher zu reden sein wird.

Im Mittelpunkt der Gewerkschaftslektüre steht die Gewerkschaft selbst. Es hieße, angesichts der geistigen Kämpfe, die sich heute innerhalb des Gewerkschaftslebens abspielen, Eulen nach Athen tragen, wollten wir lange die Notwendigkeit auseinandersehen, die Waffen für diese Kämpfe immer wieder aufs neue zu schärfen. Noch weniger aber kann von uns erwartet werden, daß wir die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation selbst des langen und breiten erörtern und hinweisen auf die Wichtigkeit, sich auch durch ständige Lektüre auf diesem Gebiete weiter zu bilden. Das Verbandsorgan und die bisher erschienenen gewerkschaftliche Literatur, die in dem Literaturverzeichnis des General-

sekretariates eine zweckentsprechende Zusammenstellung erfahren hat, bezeichnen das einschlägige Material zur Genüge.

Die Methode der Gewerkschaftslektüre.

Am Stoff mangelt es da nicht. Worauf es ankommt, das ist die Methode. Wir genügen unserer Pflicht als Gewerkschaftler durchaus nicht, wenn wir das bisher erschienene Material sowie die Neuerscheinungen gewissermaßen „verschlingen“. Auch ist es nicht hinreichend, besonders wichtige Stellen anzuführen, um sie bei gegebenen Gelegenheiten zitieren zu können. Bei der Unmenge dessen, was heute gedruckt wird, wirkt ein Blatt, mag es noch so gut sein, noch lange nicht auf jedermann, wenn es auch Gelegenheiten gibt, wo ein richtig angebrachtes Blatt geradezu Wunder wirken kann an Durchschlagskraft. Aber solche Gelegenheiten lassen sich eben nicht machen, und darum wäre es halbe Arbeit, nur unter diesem Gesichtswinkel die Sache anzufassen. Im Durchschnitt überzeugt nur der, wer selbst überzeugt ist. Eine Ueberzeugung ist aber nicht etwas von heute auf morgen sich Ergebendes. Sie muß in oft heikeln Bemühen errungen werden. Und dazu eben ist ein Studium erforderlich, das bis auf den Grund geht. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß es umso mehr darauf anlegen, mit durchschlagenden Gründen zu arbeiten, als sie eine Minderheitsbewegung ist, die oft gegen den Strom schwimmen muß, zu der deswegen die Massen durchweg nur dann kommen, wenn sie einen plausiblen Grund für die Ablehnung vom großen Haufen sehen. Deswegen muß die eigentliche Gewerkschaftslektüre beim christlichen Arbeiter ein selbsttätiges Denken voraussetzen. Aus der ganzen Lektüre muß sich in ihm ein Bild seiner Bewegung herausgestalten, das ihm ständig gegenwärtig ist, sodaß er es wie etwas Eigenes ändern vermitteln kann.

Es sei gleich an diesen Gegenstand eine Reihe von Bemerkungen angeknüpft, die für eine methodische Lektüre überhaupt Geltung haben, deren Verständnis aber sich dem Gewerkschaftler bei der Besprechung der ihm zunächst liegenden Literatur am leichtesten vermittelt.

Kritisches Lesen.

Der Gewerkschaftler, der sich in der vorbezeichneten Weise in seine Materie hineingearbeitet hat, wird dadurch zunächst befähigt, kritisch zu lesen. Die Kritik stellt fest, in welchem Verhältnis die Angaben eines Artikels, einer Schrift, deren Verfasser Freund oder namentlich Gegner ist, zu den Tatsachen stehen, von welchen sie berichten, wie weit sie mit der Wahrheit übereinstimmen wie weit nicht. Die Kritik prüft sonach ihre Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit. Wer seine Materie wirklich gelesen hat, d. h. sie durch und durch kennt, hat sich dadurch die Fähigkeit erworben, eine derartige Kritik zu üben. In Zweifelsfällen aber weiß er immer, auf welche Quelle er zurückgreifen muß, um seiner Sache sicher zu werden. Diese Fähigkeit zur Kritik ist zugleich ein außerordentlich wertvoller Ansporn zu immer neuem Studium. Sie macht den einzelnen selbstständig und unabhängig von Tages- und Modemeinungen. Nichts aber ist mehr geeignet, einer Sache Anhänger zu werben, als Persönlichkeiten, die fest auf dem Boden dessen stehen, was sie vertreten. Bei manchen Leuten hat sich die Meinung festgesetzt, daß Kritik gleichbedeutend ist mit Herabsetzung. Wie sich aus Obigem ergibt, ist diese Auslegung falsch. Kritisch lesen heißt, eine Schrift in ihren Voraussetzungen zu erfassen suchen, um die Schlussfolgerungen verstehen und auf ihren wahren Wert zurückführen zu können. Dem Verfasser muß Verständnis entgegengebracht, nicht aber ohne weiteres Bös- willigkeit oder Dummheit untergeschoben werden.

Wie man beim kritischen Lesen nicht verfahren soll, lehrt das sozialistische Beispiel. Der Sozialist Hilbrand hat den hier üblichen Unfug einmal in folgender treffender Weise gekennzeichnet („Sozialistische Monatshefte“ 1910, Seite 1243): „Mit einer ungläubigen Selbstsicherheit wird in den Versammlungen und nicht selten auch in den Zeitungen über alle Fragen des gesellschaftlichen Lebens abgeurteilt; jeder Genosse, der einmal etwas von historischem Materialismus hat läuten hören — oder gar einen Kursus in der Parteischule durchgemacht hat — glaubt den Zauber Schlüssel zur Lösung sämtlicher Weltträtsel in der Hand zu haben, und die Oberflächlichkeit dieses ganzen Gebarens überträgt sich leider nur allzu verhängnisvoll auf Zehntausende von wackeren Männern, die sich rein aus Mangel an Gelegenheit zur Fortbildung kühnlich einreden lassen, daß Klassenbewußtsein und Disziplin genügen, um gute Politik zu machen“. Aus dem gleichen Grunde wird auch die Überaus dunkle und oft rätselhaft Wortbildung und Namengebung von Marx immer wieder selbst den anerkanntesten Vertretern der Wissenschaft mit dem höhnischen Bemerkung entgegengehalten, daß sie nicht fähig seien, einen Deuter wie Marx zu begreifen. Auf diese Weise stehen dem Gewinn, den Marx der Wissenschaft gebracht hat, viel größere Verluste an Achtung vor der Wissenschaft und objektiver, tendenzloser Berichterstattung von deren Ergebnissen, insbesondere unter der Arbeitermassen, gegenüber. Das ist die Begleiterscheinung jeder Halb- und Unbildung, die so schmerzhaft schimmernd wirkt, wie die völlige Ungebildetheit. Darum muß unser Bahlruch auf dem Gebiete der Lektüre lauten: viel, aber nicht

vieles lesen, d. h. dasjenige, was man zur Lektüre vor sich hat, nach jeder Seite hin durchdenken, um es sich vollständig zu eigen zu machen. Es ist deswegen auch nicht erforderlich, daß sich einer beispielsweise durch die gesamte christliche Gewerkschaftsliteratur unter allen Umständen durcharbeiten. Wenn das unter Beachtung der gegebenen Ratsschläge möglich ist, umso besser. Im übrigen genügen aber notfalls die hauptsächlichsten Schriften, neben der ständigen Lektüre des Verbandorgans.

Die soziale und wirtschaftliche Literatur.

Mit dem, wir möchten sagen liebevollen Studium — „immer versteht man nur das, was man liebt“ — dieses uns in erster Linie naheliegenden Gebietes haben wir die Grundlage gelegt für die erspriessliche Beschäftigung mit weiteren Gebieten. Das bisher Erreichte möchten wir vergleichen mit dem Spezialstudium, wie es demjenigen obliegt, der an der Hochschule seine Doktorarbeit zu machen hat. Ihm wird ein ganz bestimmtes Thema zur Behandlung gestellt: ein Abschnitt aus der Geschichte, eine besondere Frage der wirtschaftlichen Entwicklung usw., von anscheinend ist sehr geringer Wichtigkeit. Damit aber wird ein ganz bestimmter Zweck verfolgt: es soll dem Studierenden möglich sein, das Gebiet, welches er zu bearbeiten hat, in seinem ganzen Umfang zu überblicken. Nur so vermag er in die Einzelheiten hinaufzusteigen, um seine Aufgabe mit der Sicherheit durchzuführen, welche verlangt wird, wenn sie wissenschaftlich sein soll. Zugleich aber auch vermag sich der Studierende bei Betrachtung seiner Materie nach allen Seiten erst recht der Zusammenhänge bewußt zu werden, welche seinen Gegenstand unauslöschlich mit der gesamten Kultur verbinden. Der durch solche systematische Arbeit Vorbereitete kann dann mit Recht als befähigt angesehen werden, weitere Aufgaben von der Grundlage aus anzufassen, von der aus ihre Behandlung Erfolg versprechend ist. Genau wie hier denken wir uns auch die Lektüre bzw. das Studium des christlichen Gewerkschaftlers. Es wurde bereits von der Sicherheit im Urteil gesprochen, welche das auf den Grund gehende Studium des Gewerkschaftsproblems verleiht. Weshalb aber wird sich auch dem Gewerkschaftler die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Gewerkschaft nicht etwas von anderen Dingen Losgelöstes ist, sondern daß

erscheinenden Führer durch die soziale Literatur wird das Generalsekretariat auf solche wohlfeilen Schriften hinweisen, unter gleichzeitiger Bezeichnung der Tendenz, von welcher die betreffenden Darstellungen jeweils getragen sind. Denn hier handelt es sich nicht um eine Materie, an die man von allen Seiten mit denselben Voraussetzungen heranträte. Gewiß ist die Geschichte der Volkswirtschaft wie jede Geschichte nur ein Ding, aber die Wertung der Ergebnisse der Entwicklung ist je nach der Weltanschauung, welche der Darstellende vertritt, verschieden und damit auch die Vorschläge, welche zur Lösung der sozialen Frage gemacht werden.

Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen.

(Schluß.)

Bei der Unterstellung der freien Hilfskassen unter das Versicherungsaufsichtsgesetz gelten neben den bereits erwähnten noch folgende weitere besondere Bestimmungen:

1. Versicherungsvereine (Hilfskassen), deren Leistungen sich im Rahmen der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen halten (§ 179 der Reichsversicherungsordnung), also z. B. nicht derart hohes Sterbegeld zahlen, daß sie eigentlich als Lebensversicherungen zu gelten haben, und sich nur als Hilfskassen ausgeben, um den für diese geltenden freieren Bestimmungen zu unterliegen, sind als kleinere Vereine im Sinne des § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes anzuerkennen, was zur Folge hat, daß

a) die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf ihre Verfassung und Verwaltung keine Anwendung finden (auf Antrag der Vereine kann die Aufsichtsbehörde anders bestimmen); diese Nichtanwendung der handelsrechtlichen Bestimmungen bewirkt, daß die Eintragung der Firma und aller Veränderungen in der Zeitung des Vereins (Hilfskasse) und in seinen Satzungen nicht im Handelsregister zu erfolgen hat, wie das sonst geschehen müßte; daß ferner die Vereine (Hilfskassen) nicht gehalten sind, die Beschlüsse ihrer Generalversammlungen durch einen Notar beurkundet zu lassen; daß sie auch nicht verpflichtet sind, ihre Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen.

b) diese Versicherungsvereine (Hilfskassen) nicht eine Rücklage nach den für die übrigen dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterliegenden Versicherungsunternehmen zu sammeln haben (was bei den versicherungstechnischen Berechnungen der Versicherungsmathematiker ein Totrechnen für die Hilfskassen werden könnte), sondern wie bisher nur im Mindestbetrage der Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. So lange die Rücklage diese Höhe nicht erreicht hat, ist ihr mindestens ein Zwanzigstel (in § 25 des noch geltenden Hilfskassengesetzes und in der Regierungsvorlage steht ein Zehntel; es hat also jetzt eine Erleichterung stattgefunden) des Jahresbetrages der Mitgliederbeiträge zuzuführen. Noch andere Erleichterungen, die hier nicht alle wiedergegeben werden brauchen, sind vorgesehen.

2. Bei den hier in Betracht kommenden Vereinen (Hilfskassen) muß die Generalversammlung mindestens vier Wochen vor ihrem Zusammentreten auf dem in der Satzung festgelegten Wege ausgeschrieben werden. Sind nach der Satzung Vertreter der Versicherten zu wählen, so muß der Tag der Wahl mindestens vier Wochen vorher bekannt gemacht werden. Es muß zwischen dem Tage der Wahl und dem Zusammentreten der Generalversammlung eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen. Den gewählten Vertretern müssen die Reisekosten innerhalb des Reichsgebietes und die sonstigen Auslagen, sowie der entgangene Arbeitsverdienst nach näherer Bestimmung der Satzung ersetzt werden.

Diese Bestimmung ist auf Antrag der Reichstagskommission aufgenommen worden, um bei den großen Hilfskassen eine größere Beteiligung an der Generalversammlung und damit eine wirksamere Kontrolle der Kassensführung usw. durch die Mitglieder zu ermöglichen.

3. Bei diesen Vereinen (Hilfskassen) kann der Rechtsweg wegen der den Mitgliedern zustehenden Ansprüche nicht ausgeschlossen werden. Jedoch bleiben Bestimmungen, wonach über den Anspruch eines Mitgliedes oder über einzelne Voraussetzungen des Anspruchs ein Schiedsgericht stattfinden soll, mit der Maßgabe zulässig, daß die Entscheidung das Mitglied erst bindet, wenn seit ihrer Mitteilung an das Mitglied ein Monat verstrichen ist und nicht innerhalb dieser Frist das Mitglied Klage erhoben hat.

Auch diese Bestimmung ist auf Antrag der Reichstagskommission vom Reichstag in das Gesetz hineingeschrieben worden, um den Versicherten unter allen Umständen den Weg der Klage an das ordentliche Gericht (Amtsgericht, Landgericht usw.) offenzuhalten, der ihnen bislang durch Statutbestimmungen der Hilfskassen sehr oft abgeschnitten war, vielfach nicht zugunsten der Versicherten.

4. Endlich ist noch auf Antrag unserer Kollegen Becker und Behrens vom Reichstag beschlossen worden, daß vom Tage der Verkündung des Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes (also sofort) der Reichslauf einer eingeschriebenen Hilfskasse, sich mit anderen Unternehmungen zu vereinigen usw., der Genehmigung der zuständigen Behörde bedarf. Es entspann sich über diese Bestimmung zwischen dem Kollegen Becker und dem Sozialdemokraten Hoch eine heftige Auseinandersetzung im Plenum des Reichstags. Kollege Becker verteidigte die Bestimmung, weil auf Grund unanfechtbaren Materials sich immer mehr das Bestreben der in sozialdemokratischen Händen liegenden Hilfskassen (z. B. Braunschweiger Schneiderkassen) bemerkbar mache, sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verschmelzen. Sozialdemokratische Blätter, wie „Parlamentskorrespondenz“, „Metallarbeiterzeitung“, haben direkt zu solchen Verschmelzungen ermutigt. Um gegen Becker polemisieren zu können, wurde es von dem „Genossen“ Hoch so dargestellt, als habe Becker schon vor erfolgter Verschmelzung der Braunschweiger Schneiderkassen mit dem

Vorstandsmitglieder!

Im ganzen Verbandsgebiete sollen in den kommenden Wochen und Monaten noch einmal alle Kräfte für eine systematische Agitation angepannt werden! An Euch Vorstandsmitglieder ist es nun, unverzüglich die Arbeit aufzunehmen, um durch Versammlungen, durch eine systematische Haus- und Fabrikagitation Stimmung zu erzeugen und unserem Verbands neue Mitglieder zuzuführen.

Wie nach dem zitierten Bernsteinischen Wort nur ein Glied ist im großen Organismus der gesamten Volkswirtschaft.

So wird sich denn der um seine Weiterbildung wirklich bemühte eifrige Leser bald veranlaßt sehen, um sich zu blättern und den Zusammenhängen nachzugehen, die das Glied mit dem Gesamtorganismus verbinden. Der Leser wird sich zunächst von der Tatsache durchdringen lassen, daß die Gewerkschaftskämpfe nicht ausschließlich dadurch ihre Beurteilung erfahren können, daß der Arbeiter unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf sonstige Interessenten bestergerstellt werden soll. Vielmehr ersieht er bald, daß die Kämpfe, die sich dort abspielen, Reibungen sind zwischen einer ganzen Reihe von Interessenten, die den Reibungen vergleichbar sind, welche in der Familie zwischen den heranwachsenden Kindern und zwischen Eltern und Kindern sich ergeben. Ihr Ergebnis berührt also nicht nur den gesamten Organismus, sondern mehr oder minder auch jedes einzelne Glied dieses Organismus. Freilich wirkt auch die Besserstellung des einen und namentlich des stärksten Gliedes, welches die Arbeiterkassen in der Wirtschaftsfamilie darstellt, auf die anderen Glieder durchweg in günstigem Sinne ein. Dadurch namentlich erfährt die Gewerkschaftsbewegung ihre Berechtigung, auf deren Erörterung hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Wichtig ist in diesem Augenblick für uns, daß wir auf den Hintergrund aufmerksam werden, von dem sich die Gewerkschaftstätigkeit abhebt.

Dann ergibt sich ohne weiteres die Frage, auf welche Ursachen die vorher geschilderten Reibungen, die als Gesamtheit die sogenannte „soziale Frage“ darstellen, zurückzuführen sind. Und der Leser wird nach und nach zu der immer stärkeren Erkenntnis kommen, daß die Ursachen in den Verschiebungen zu suchen sind, welche sich innerhalb des wirtschaftlichen Lebens im Laufe der Jahrhunderte ergeben haben. Damit ist das Interesse für die Geschichte der Volkswirtschaft geweckt. Glücklicherweise bestehen heute sowohl über die „soziale Frage“ wie über die Volkswirtschaft genügend billige Werke, mit deren Hilfe auch der Arbeiterleser in diese Materie eindringen vermag. In einem demnach

sozialdemokratischen Schneiderverband gesprochen, während er nur die Bestrebungen solcher Verschmelzungen konstatiert hat, die schon Anlaß genug wären zu einer solchen, von ihm (Becker) beantragten Bestimmung. Denn bei einer solchen Verschmelzung müßten, wollten die nichtsozialdemokratischen Mitglieder solcher Hilfsklassen ihre Anrechte nicht verlieren, sie Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften werden, obwohl sie sonst nichts damit zu tun haben wollten. Aber auch dann, wenn bei solchen Verschmelzungen den nichtsozialdemokratischen Mitgliedern auf ihren Wunsch ihr Vermögensanteil der Klasse zurückgezahlt würde, wären sie durch eine solche Verschmelzung noch sehr geschädigt, denn nach einem bestimmten Alter würden viele solcher Versicherten von einer anderen Klasse nicht mehr aufgenommen; es würde ihnen also, wenn sie sich nicht „verschmelzen“ lassen wollten, durch die Verschmelzung die Möglichkeit genommen, noch einer Hilfsklasse als Zuschußklasse zu ihrem gesetzlichen Krankengeld anzugehören.

Kein gerecht Denkender kann leugnen, daß die Kollegen Becker und Behrens mit ihrem Antrage das Richtige getroffen haben. Dieses Vorhaben der roten Brüder, betreffs Verschmelzung der Klassen mit den roten Verbänden wollen sich unsere Mitglieder gut merken, damit sie es den sozialdemokratischen Arbeitskollegen kräftig um „die Ohren schlagen“ können, falls sie mal wieder leugnen sollten, daß die Sozialdemokraten die sozialen Einrichtungen (Krankenkassen und dergleichen) für ihre politischen Zwecke mißbrauchten.

Fortbildungsschulen für Textilarbeiterinnen.

Mit dem 1. April d. J. tritt wieder ein Teil der großen Gewerbeordnungs-Novelle vom Jahre 1907 in Kraft, und zwar erhalten von dem Zeitpunkt an die Bestimmungen über Lohnbücher und Fortbildungsschulunterricht eine andere Regelung. Vom 1. April 1912 an können die Gemeinden — oder ein weiterer Kommunalverband — die Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule auch auf die gewerblichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren ausdehnen.

Als diese Neuerung damals im Reichstage zur Beratung stand, haben sich namentlich die Arbeitgeber aus der Textilindustrie mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, ohne indessen durchzubringen. Die Mehrheit des Reichstages hat sich der Einsicht nicht verschließen können, daß unseren gewerblichen Arbeiterinnen eine bessere Aus- und Fortbildung aus wirtschaftlichen und idealen Gründen überaus not tut. Leider hat man dieser Erkenntnis nicht die konsequente Tat folgen lassen, indem man es unterließ, den Fortbildungsschulzwang für diese Arbeiterinnen obligatorisch zu machen. Der Reichstag überließ es den Gemeinden, den Unterricht zwangsweise einzuführen. Damit ist den Arbeitgebern eine Möglichkeit gegeben, die Durchführung des Gesetzes zu verhindern. In zahlreichen Orten mit überwiegend textilindustrieller Bevölkerung reicht der Arm der Arbeitgeber bis weit in die kommunale Verwaltung hinein.

Bereits wird in den Zeitschriften der Textilindustriellen zum Alarm geblasen. So heißt es in der Nr. 8 (21. Febr.) der „Wochenberichte“ der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie in einem Leitartikel u. a., es sei gar nicht abzusehen, zu welchen Belästigungen gerade für den Fabrikbetrieb der Textilindustrie der Fortbildungsschulzwang führen müsse. In vielen Betrieben würde, wegen des Zueinandergreifens der einzelnen Arbeitsarten, eine regelrechte Arbeitsdurchführung überhaupt in Frage gestellt, sobald mit der Durchführung des Gesetzes eine generelle Arbeitszeitverkürzung für die Dauer der Unterrichtsstunden verbunden sein würde. Die Unterrichtsstunden in die Abendstunden zu legen, ginge nicht an wegen der Uebermüdung der jugendlichen Arbeiterinnen. Wo die Arbeiter nicht in den Fabriken wohnen, sei ein Abendunterricht ja sowieso ausgeschlossen. Dann erinnert der Artikel an die Schwierigkeiten, die in den großen Industriepfählen sich hinsichtlich der Unterbringung des schulpflichtigen Arbeiterpersonals in geeigneten Räumen und der Schaffung von Lehrpersonen ergeben würden. Man scheine sich überhaupt kein richtiges Bild davon gemacht zu haben, wie man z. B. in den großen Textilpfählen Deutschlands (Chemnitz, Plauen, Mt.-Gladbach, Krefeld, Elberfeld, Barmen, Augsburg, Mühlhausen i. T. usw.) für die große Masse jugendlicher Fabrikarbeiterinnen einen geeigneten Fortbildungsschulunterricht erteilen wolle. Denn dieser würde in der Hauptsache auf Hausunterricht sich zu erstrecken haben, der aber naturgemäß gleichzeitig nur an eine beschränkte Zahl von Personen erteilt werden könne. Schließlich fordert der Artikel die Arbeitgeber auf, die Gemeinden und höheren Verwaltungsbehörden auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

Unsere Kollegen müssen jetzt auf der Hut sein, damit es den Arbeitgebern nicht möglich wird, das Gesetz praktisch wertlos zu machen. Mit dem Besuche der Fortbildungsschule sind für die Arbeiterinnen selbst, aber auch für die ganze Arbeiterbevölkerung, so viele bedeutende Interessen wirtschaftlicher, sozialer und ideeller Natur verbunden, daß die in der Gewerkschaftsbewegung, speziell in unserem Verbande, angesammelten Kräfte unbedingt angezogen werden müssen, um den Fortbildungsschulzwang für unsere Arbeiterinnen zu erreichen. Hier ist ein dankbares Feld der gemeinsamen Betätigung unserer Gewerkschaften und der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Je breiter der Boden ist, auf dem sich eine Aktion für den Fortbildungsschulzwang für

unsere Arbeiterinnen stützt, desto größer ist ihre Durchschlagkraft.

Schwierigkeiten könnten sich zunächst ergeben insofern, als unsere konfessionellen Arbeiterinnenvereine oder andere gemeinnützige Unternehmungen in einem städtischen Schulunterricht eine Konkurrenz gegen ihre Einrichtungen erblickten. Wir würden einen solchen Standpunkt mit Hinblick auf die Gesamtinteressen für kurzfristig halten. Hier muß auf irgend eine Weise eine Einigung erzielt werden. Es ist schon mal vorgekommen worden, man möge städtischerseits die Unterrichtseinrichtungen der Arbeiterinnenvereine oder anderer wirklich gemeinnütziger Unternehmungen, soweit sie vollen Erfolg bieten, gelten lassen und die Besucherinnen dieser Veranstaltungen, unter gewissen Garantien, von dem Besuche der obligatorischen Schule entbinden. Der Vorschlag hat vieles für sich, aber es spricht auch manches dagegen. Die Verhältnisse sind so verschieden, daß hier die Dinge vom örtlichen Standpunkte aus geprüft werden müssen.

Es ist selbstverständlich, daß die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine auf die berechtigten Interessen der Industriestädte Rücksicht nehmen. Eine unnötige Belästigung unseres Gewerbes, eine Erschwerung einer geregelten Arbeitszeit wollen sie gewiß nicht. Sie sind sich auch bewußt, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse in der Textilindustrie sich hier und da die Dinge im Raume leicht stoßen können. Aber den Uebertreibungen der Unternehmer, die in vielen Fällen rein geschäftlichen Eigeninteressen entspringen, schließen sich die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht an. Wir sind der Ueberzeugung, daß trotz der vorhandenen Schwierigkeiten sich eine Lösung bezüglich der Frage der Zeit für die Unterrichtsstunden finden läßt, die für den Gang des Betriebes keine unnötigen Scherereien enthält, die aber andererseits auch eine volle Ausnutzung des Gesetzes für die Arbeiterinnen garantiert. Leider vermißt man alleweil in der vielfach maßlosen Kritik der Arbeitgeber an unseren sozialpolitischen Gesetzen den ernstlichen Willen, an der Durchführung dieser Gesetze positiv mitzuarbeiten. Da lassen sich zwischen dem Verhalten der Sozialdemokraten und vielen Arbeitgebern manche gleichlaufenden Linien zeichnen.

Als Deutschland seinen Jugendschutz begann, klagten auch die Arbeitgeber darüber, daß namentlich eine ordnungsmäßige Betriebsführung in Frage gestellt sein würde. Die Klagen haben sich als übertrieben, als unbegründet herausgestellt. Es ist der Fortbildungszwang für unsere Handwerkslehrlinge, ferner für das jugendliche kaufmännische Personal beiderlei Geschlechts eingeführt worden, in zahlreichen Großstädten ferner noch für die ganze gewerbliche Arbeiterklasse männlichen Geschlechts, soweit die Jungen im Alter unter 18 Jahren stehen. Die Arbeitgeber haben Zeter und Mordio geschrien, die Sache klappt dennoch. Wenn es nur nicht an gutem Willen mangelt, dann werden auch all die Schwierigkeiten, die in dem oben erwähnten Artikel angeführt sind, sich überwinden lassen.

An unsere leitenden Mitglieder ist es nunmehr, die Bewegung für den Fortbildungsschulunterricht unserer Arbeiterinnen in die Hand zu nehmen. Die Sache ist des Schweißes der Edlen wahrhaftig wert.

Vertrauensmänner!

Mitglieder der Agitationskommissionen!

Ihr müßt Eure oft erprobte Treue noch einmal zeigen! Weist auf untereinander in dem Bestreben, neue Mitglieder zu gewinnen. Wo die Agitationskommissionen bis jetzt nicht genügend geleistet haben, muß das Versäumte unbedingt nachgeholt werden. Das ist eine Ehrenpflicht für die Mitglieder der Kommissionen.

Allgemeine Rundschau.

Das Märchen von den „Zentrums“-Gewerkschaften will die Sozialdemokratie bei ihrer Belämpfung der christlichen Berufsorganisation nicht fahren lassen; besonders häufig ist dies auch in den letzten Wahlkämpfen wieder aufgetischt worden. So bezeichnet z. B. die „Rhein. Ztg.“ in Köln (29. Jan. 1912) die christlichen Gewerkschaften als „Zutreiber der Zentrumsparthei“ und die Düsselborfer „Volkstztg.“ (8. Febr. 1912) redet von der „engen Verbindung zwischen Zentrum und christlichen Gewerkschaften“. Dieselbe Düsselborfer „Volkstztg.“ aber hat noch in ihrer Nr. 222, 1911, folgendes geschrieben:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antijeminitische Arbeitervereine gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“, Nr. 16, 1912, schrieb:

„Christliche Gewerkschaftsführer treten auf, um die katholischen Arbeiter für das Zentrum einzufangen, andere Führer machen für die Nationalliberalen Propaganda.“

Damit fällt das, was die Sozialdemokraten sich über die „Zentrums“-Gewerkschaften“ zusammengeeremmt hatten, kläglich zusammen. Im übrigen muß hinzugefügt werden, daß die christlichen Gewerkschaften keiner politischen Partei dienstbar, im Gegenteil vollständig unabhängig sind. Ihren einzelnen Führern und

Mitgliedern ist völlig freie Hand gelassen, in welcher politischen Partei sie sich betätigen wollen, ausschließlich natürlich der Sozialdemokratie als Erzfeindin der christlichen Arbeiterbewegung. Gerade die letzten Wahlkämpfe haben wieder den Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität gewissenhaft zu wahren wissen. Die Sozialdemokraten werden deshalb mit ihrer Agitationskluge von den „Zentrums“-Gewerkschaften“ den erstrebten Zweck, alle Nichtzentrumsanhänger von den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten, nicht erreichen.

Die Textilarbeit — ein Frauenberuf. In der Textilindustrie wird die Männerarbeit immer mehr von der Frauenarbeit verdrängt. Die Art der Textilarbeit läßt ja die Verwendung von Frauenkräften in weitgehendem Maße zu. Seit den 70er Jahren bis heute ist die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Männer absolut und relativ ständig gesunken, wie folgende Tabelle zeigt. Es waren in der Textilindustrie beschäftigt

	Personen		davon männlich	
	überhaupt	absolut	in Proz.	
1875	926 767	610 220	66	
1882	910 089	547 951	60	
1895	993 257	532 037	53	
1907	1 088 280	529 899	48	

Zunächst ist auffallend das außerordentlich mächtige Ansteigen der Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Personen überhaupt, in rund 30 Jahren nur um rund 100 000. Im Verhältnis zu der Zahl der Gesamtbevölkerung kommt es nicht bloß einem Stillstande, sondern einem direkten Rückgange gleich. Betrug 1882 der Anteil des Textilpersonals an der Gesamtbevölkerung noch 2,01%, so war diese Ziffer 1907 auf 1,79% gesunken. Die gewaltige Entwicklung der Technik in unserem Gewerbe kommt in diesen Zahlen zum Ausdruck.

Darin liegt auch die erste Erklärung für den Rückgang der Männerarbeit in der Textilindustrie. Wenn die Entwicklung so weiter schreitet, wird Männerarbeit schließlich in unserem Berufe noch zu finden sein bei den schwereren und groben Arbeiten und in den leitenden Stellungen. Damit wird jene Mittelschicht immer dünner, die in der Hauptsache als Rekrutierungsgebiet für unsere gewerkschaftliche Organisation in Betracht kommt. Umso mehr müssen wir unser Augenmerk auf die Gewinnung der Arbeiterinnen richten. Zur Durchführung unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen sind die Arbeiterinnen unentbehrlich. Wir können in der Arbeiterinnenagitation noch vieles nachholen. Unseres Erachtens müssen die vorhandenen Kräfte vorläufig in der Hauptsache angelegt werden zur Heranbildung tüchtiger Mitarbeiterinnen: in den Kursen, Konferenzen und Sitzungen muß vorläufig wenigstens noch das Schwergewicht unserer Arbeiterinnenagitation liegen, womit nicht gesagt sein soll, man könne nun die Agitation zur Gewinnung neuer Kolleginnen vernachlässigen. Und vor allem muß in unseren konfessionellen Arbeiterinnenvereinen und Kongregationen gearbeitet werden. So lange wir diese nicht für unsere Bestrebungen gewinnen, werden die größten Bemühungen nur geringen Erfolg zeitigen. Es muß die ernste Sorge unserer führenden Mitglieder sein, die konfessionellen Vereinigungen aus ihrer Passivität, die sie vielerorts noch gegenüber unserer Gewerkschaftsbewegung üben, herauszulocken, um sie zur positiven Mitarbeit für unsere Sache zu gewinnen. Für die Weiterentwicklung unseres Verbandes ist diese Arbeit von der allergrößten Wichtigkeit.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter veröffentlicht in seinem Fachorgan den Geschäftsbericht über das Jahr 1911, soweit die Finanzgebahrung in Betracht kommt.

Danach betragen die Einnahmen (einschließlich des vorjährigen Restbestandes) 2 720 590,42 M., die Ausgaben 1 099 126,18 M., der Barfassenbestand am Jahres-schluß 1 621 464,24 M. Dazu kommen noch Werte an Gebäuden, Grundstücken, Bureaueinrichtungen, Bibliotheken, Guthaben und Bestände in den Ortsklassen im Betrage von 480 257,96 Mark; mithin Gesamtvermögensbestand 2 101 722,20 Mark.

Außerlich hat sich der Gewerbeverein im vergangenen Jahre nicht so voran entwickeln können, als das in früheren Jahren erfreulicher Weise möglich war. Nun war das Jahr 1911 aber auch für die Gewerbevereinsagitation ein ungewöhnlich schwieriges. In der Erläuterung des Jahresberichtes heißt es hierzu:

„Ungünstig wirkte auch auf unseren Abschluß ein, daß wir im letzten Herbst außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend bei der Agitation sein mußten. Eine radikalere Agitation hätte bei dem tatsächlich vorhandenen Zündstoff und der von unverantwortlichen Radikalisten betriebenen Verhöhnung sehr leicht im Geiste einen für die Bergleute und mehr noch für die Arbeiter anderer Industrien und die Allgemeinheit schädlichen Streif im Gefolge haben können. Im Interesse unserer Volkswirtschaft und insbesondere auch der Arbeiter mußten wir deshalb auf jede radikalere Agitation verzichten. Das Allgemeinwohl mußte uns höher stehen wie das Augenblicksinteresse unseres Gewerbevereins. Hätten wir uns nicht aus Gewissenhaftigkeit von diesen Gründen leiten lassen, so würden wir ohne Zweifel einen erheblichen Mitgliederzuwachs haben erzielen können. Andererseits aber müssen wir uns gestehen, daß wir trotzdem weiter kommen mußten und das Stillstand, den wir hier leider verzeichnen müssen, leicht Rückschritt sein kann, und wollen wir daher darauf bedacht sein, wie wir diesen Umstand ändern können.“

Die Gewerbevereinsleitung ist der sicheren Erwartung, daß durch eine intensiv betriebene Hausagitation der Rückgang mehr als wett gemacht werden wird. Nach Berichten im „Bergknappen“ haben einige Bezirke bereits recht ansehnliche Erfolge zu verzeichnen.

Geradezu komisch wirkt das Verhalten der sozialdemokratischen Presse bei der Besprechung des Geschäftsberichtes des Gewerkschaftsvereins. Der Ausgang der letzten Reichstagswahl scheint ihr demnach zu Kapfe gestiegen zu sein, daß sie jeden Sinn für die Wirklichkeit verloren hat. Sie stimmt Jubeltöne darüber an, daß die „stärkste christliche Gewerkschaft, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, zum Stillstand, ja zum Rückgang gebracht worden sei“. Durch die Sozialdemokratie natürlich! Den Gewerkschaften habe das Schicksal ereilt, das ihm jeder ehrliche Arbeiterfreund gönne. Er sei am Anfang vom Ende.

Es ist ja ebenso anmaßend als lächerlich, aus einem Mitgliederzrückgang eines einzigen Jahres einen Stillstand der Bewegung überhaupt schließen zu wollen und das noch als einen Erfolg der „sozialdemokratischen Aufklärung“ zu buchen. Keine Gewerkschaftsorganisation, am allerwenigsten eine sozialdemokratische, bleibt von vorübergehenden Rückschlägen verschont. Die sozialdemokratische Presse sollte doch da hübsch ruhig sein, angesichts der Tatsache, daß sie von der christlich organisierten Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bei den jüngsten Reichstagswahlen so wichtige Mandatschläge erhalten hat.

Es ist einfach köstlich, wie die sozialdemokratische Presse sich mit ihrem Artikel gründlich blamiert.

Wenn die kaum erwähnten Minderereinnahme an ordentlichen Beiträgen tatsächlich den „Anfang vom Ende“ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter bedeuten würde, dann wäre der sozialdemokratische Bergarbeiterverband dem Ende schon bedeutend näher gerückt, denn der hat ausweislich seiner eigenen Angaben im vergangenen Jahre 3000 Mitglieder verloren. Er zählte Ende Dezember 1910 gemäß dem Reichsarbeitsblatt (Januarheft 1911) 123432 Mitglieder, Ende Dezember 1911 aber (Januarheft 1912) nur noch 120136 also ein Rückgang von 3296.

Warum bezeichnet die sozialdemokratische Presse das nicht als den Anfang vom Ende?

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Die drei in der Lohnbewegung der Bergarbeiter gemeinsam vorgehenden Verbände — die sozialdemokratische, die polnische und die S.-D. Organisation — haben sich mit einer Eingabe an den Besenverband gerichtet. Die Antwort desselben lautet:

Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbauverein gerichtetes ges. Schreiben vom 6. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir aus wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig sind. Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnsteigerung, infolge der vom Kohlenyndikat zum 1. April d. J. beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im niederrheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht, eine Erhöhung auch der übrigen

Löhne angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten ist, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.

Wir bitten Sie, diese Mitteilung auch den beiden mitunterzeichneten Verbänden zuzustellen.

Diese Antwort ist dem „Dreibunde“ von den Vertretern des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter vorgelesen worden. Nun ist infolge des unflugen Vorgehens der drei Verbündeten die Lage für die Bergarbeiter nicht günstiger geworden, im Gegenteil, das Vorgehen offenbart sich jetzt erst recht als große faktische Dummheit.

Hervorgehoben zu werden verdient der überaus höfliche und zahme Ton der Eingabe, der zu dem radikalen Getöse dieser drei Verbände paßt wie die Faust aufs Auge. Höflichkeit ist ja eine durchaus anzuverwendende und notwendige Eigenschaft, aber sie kann auch die Heuchlergestimmung einer Person in ihrer ganzen Höflichkeit und Anständigkeit zeigen. Man muß an diese Tatsache unwillkürlich denken, wenn sich die drei genannten Organisationen mit Bitten und Beten an einen Unternehmerverband wenden.

„Die Antwort des Besenverbandes“, sagt der Bergknappe, „ist die beste Rechtfertigung der Haltung der Gewerkschaftsleitung. In der gemeinsamen Konferenz haben die Vertreter des Gewerkschaftsvereins von einer sofortigen Lohnangelegenheit abgeraten, weil sie keinen Erfolg haben würde, da sich die Unternehmer auf die bereits eingetretenen und angeforderten Lohnsteigerungen berufen könnten und im Augenblick nicht zu übersehen sei, wie weit man den Arbeitern entgegenkomme. Jetzt ist die Antwort da. Sie ist so ausgefallen, wie jeder Kenner der Verhältnisse sich denken konnte.“

Der Dreibund wird ja nun versuchen, uns für die ihn wenig befriedigende Antwort verantwortlich zu machen. Als wenn wir seine Dummheiten veranlaßt hätten! Man sollte unseren vernünftigen Gründen gefolgt sein. Das wäre den Arbeitern dienlicher.

Bei den denkenden Bergleuten wird die Hege gegen uns keinen Erfolg haben. Weil man aus der Vergangenheit gelernt hat. Diese hat gezeigt, daß die Gewerkschaftsleitung stets die Verhältnisse richtig beurteilt und nicht der Dreibund. Wir erinnern an die Lohnbewegung im Jahre 1910. Damals behaupteten wir, daß die Konjunktur für eine solche Bewegung nicht günstig sei, der Dreibund das Gegenteil. Die zahlreichen Feierschichten in den folgenden Monaten zeigten dann eben, daß wir recht gehabt hatten. So ist es auch jetzt wieder. Unser Verhalten war das rechte. Das werden bald auch unsere Gegner einsehen.“

„Wir wollen ehrlich die Lage der deutschen Bergleute bessern“ heißt es noch ferner in dem Artikel des „Bergknappen“. Mit allen erlaubten Mitteln arbeiten wir nach dieser Richtung. Unbeeinträchtigt durch Verdächtigungen von rechts oder links. Wer mit uns arbeiten will, ist uns willkommen, wer aber Wege geht, die wir nicht für recht halten können, darf nicht erwarten, daß wir

mit ihm ziehen. Unserer ehrlichen Arbeit wird auf die Dauer der Erfolg und die Anerkennung nicht versagt bleiben.“

Freiwillige Sammlungen und polizeiliche Erlaubnis. Wenn bei außergewöhnlichen Anlässen von den Gewerkschaften freiwillige Sammlungen ausgeschrieben werden — wie kürzlich bei der Tabakarbeiterausperrung — so taucht immer wieder die Frage auf, ob zu diesen Sammlungen eine polizeiliche Erlaubnis notwendig ist oder nicht! Die Frage ist nicht einheitlich für das ganze Reichsgebiet geregelt, sondern wird in den einzelnen Bundesstaaten verschieden gehandhabt. Sammlungen zur Unterstützung streikender oder ausgesperrter Arbeiter werden in mehreren Bundesstaaten als „Kollekten“ angesehen, und solche sind nur mit polizeilicher Erlaubnis gestattet. Manche Behörden gehen in dieser Beziehung mit großer Strenge vor. Die Erhebung von Eintrittsgeld zur Deckung der Tageskosten ist sowohl in öffentlichen wie Mitgliederveranstaltungen gestattet; Zellerksammlungen sind dagegen in vielen Einzelstaaten nur in Mitgliederveranstaltungen, aber nicht in öffentlichen Versammlungen ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet.

Sammlungen für streikende und ausgesperrte Arbeiter dürfen in Preußen, Bayern und Sachsen nicht öffentlich ohne Genehmigung der Polizeibehörde veranstaltet werden, z. B. nicht auf Straßen, Plätzen, an öffentlichen Orten, in Wirtschaften oder öffentlichen Versammlungen. Dagegen ist es — polizeilich und gesetzlich — gestattet, in Mitgliederveranstaltungen, Fabriken und auf sonstigen Arbeitsplätzen Sammelstellen zu stellen oder Streikmarken zc. abzugeben. Da schon häufig Bestrafungen wegen „unerlaubten Kollektierens“ erfolgt sind, einzelne Behörden sogar versucht haben, Geldsammlungen unter den Begriff „Bettelei“ zu bringen, ist für die Praxis Vorsicht und Beachtung der vorstehenden Winke zu empfehlen.

Sozialistische Jugendüberhebung. Die sozialdemokratische Jugendbewegung manbelt Bahnen, die selbst von weiterblickenden Sozialdemokraten als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Die Phantastereien des sozialdemokratischen Programms und die Phrasen ihrer landläufigen Agitation richten schon in den Köpfen von erwachsenen Menschen viel Verheerung an, wie viel mehr bei jugendlichen, körperlich und geistig noch unreifen Menschen. Nehmen wir mal die Frage der Landesverteidigung. Wie wird hier der sozialdemokratischen Jugend der Haß gegen den Militarismus eingeimpft. Die angeblich in einer Auflage von 70000 erscheinende „Arbeiterjugend“ schrieb am 6. Januar 1912, anstelle unseres stehenden Heeres müsse die Volkswehr treten, die sei viel billiger:

„Dem heutigen Militärsystem weigert die deutsche Sozialdemokratie jeden Mann und jeden Groschen, weil es sowohl seinem Zwecke als auch seiner Erhaltung nach durchaus volks-

Reifenlage und Kettenspannung beim Seidenwebstuhl.

II.

Nachdruck verboten.

Die als am praktischsten für empfindliches Kettenmaterial erkannte und allgemein gebräuchliche Kettenbaumbremse am Seidenwebstuhl ist die Seilbremse. Trotz vieler Erfindungen und Neuerungen konstruktiver Art benutzt man hier auch heute noch in der Hauptsache die an sich primitive Seilbremse. Das Wesen und die Wirkung der Seilbremse besteht darin, daß ein mehrere Male um den Kettenbaum geschlungenes Seil mit einem freischwebenden Gewicht belastet wird. Das Bremsseil wird entweder mehrere Male direkt um den hölzernen Kettenbaum geschlungen, oder bei leichteren Waren über gußeiserne Ruffen gelegt, die der Baum zu beiden Seiten trägt. Das innere Ende des Seiles wird an einem Bolzen des Stuhlgestelles befestigt, während das andere Ende des Seiles an den am Stuhlgestell drehbar befestigten oder am Boden mittels Rollen und Schraubenpendelnd angebrachten Belastungshebel angehängt wird.

Ob nun die Enden des Bremsseiles je mit einem Befestigungshebel oder mit einer freischwebenden, von einer zur anderen Seite des Stuhles reichenden Gewichtsstange verbunden sind oder aber am freien Ende direkt mit Gewicht belastet werden, in jedem Falle ist die Wirkung gleich. Bei fortschreitender Warenherzeugung läßt sich durch Verschieben oder Entfernen der Gewichtsteile die Kettenspannung leicht regulieren und konstant erhalten.

Bei jederden Ketten versteht man auch häufig beide Seilenden mit Gewicht zum Zwecke der Erreichung einer besonders elastischen Bremsung. Das innere Seilende wird dabei mit einem entsprechend kleinen Gewicht belastet. Diese Bremsung muß als die vorteilhafteste für Seidenfäden bezeichnet werden.

Im allgemeinen schlingt man das Bremsseil möglichst viele Male um den Kettenbaum, um eine energiegeliche Bremsung des Kettenbaumes ohne viel Gewicht zu erzielen. Durch zu vieles Umschlingen des Kettenbaumes aber verringert sich die Nachgiebigkeit, es kann dadurch sogar ein teilweises Festhalten des Kettenbaumes mit nachweisbarem Nachlassen verursacht werden. Um jederzeit Gewähr für eine leicht spielende, immer tadellos funktionierende Kettenbaumbremse zu haben, muß man die Bremsung durch Gewichtbelastung und möglichst wenig Seilumschlingung zu erreichen suchen. Bei seidenen Ketten

genügt ein- bis zweimalige Umschlingung. Diese Tatsache kann man sehr deutlich an der Gewichtsbelastung der Leistenrollen beobachten. Je weniger man diese separierten Leisten mit der Schnur umschlingt, desto besser pflegen sie zu gehen, ja, man erreicht hier das ungünstigste Arbeiten durch gänzliche Umgehung einer Umschlingung, indem man die Schnur nur über die Rolle hinweglegt und die richtige Spannung durch Gewichtbelastung erzielt. Diese Befolgung der Regel genügt aber zur Erreichung eines ungestörten Arbeitens noch nicht allein, man muß auch auf die Lage des Seiles auf dem Bremsring ein wachsameres Auge haben. Anfang und Ende des Bremsseiles müssen in genau senkrechter Richtung zum Kettenbaum stehen, um keine der Elastizität nachteilige Reibung oder Zusammendrängung der Seilagen auf dem Bremsring zu erzeugen. Die einzelnen Lagen müssen sich vielmehr spreizen auf dem Bremsring verteilen; ist trotzdem die Nachgiebigkeit des Kettenbaumes eine ungenügende, so muß der Strick auf seine äußere Beschaffenheit hin untersucht werden. Ist er pechig oder feucht, so ist eine Einpuderung mit Speckstein geboten.

Bremsen mit selbsttätiger Regulierung, sogenannte Kettenbaumregulatoren benutzt man in der Seidenweberei nicht, da man mit ihnen hier nicht vorteilhaft genug operieren kann. Eine patentierte sogenannte Kettenbaumregulierung findet jedoch auch hier Anwendung, da sie ihrer zweckmäßigen einfachen Konstruktion wegen sich für die Seidenweberei sehr gut eignet. Der Apparat ist bei großer Einfachheit absolut zuverlässig und an jedem Webstuhl sofort anzubringen. Zwei miteinander verbundene Haken, ein Gewichtshebel und ein Regulierarm bilden den ganzen Apparat. Das eigentliche Gewicht (bis ca. 1/2 des bisherigen Gewichtes der Seilbremse, je nach Anordnung) wird mittels Seil oder Eisenhaken am überhängenden Ende des Gewichtshebels aufgehängt. Durch eigenartige scharfsinnige Anordnung wird eine Bremswirkung zweier Klemmböden erzeugt, sobald das freischwebende Gewicht ziehend auf den Gewichtshebel einwirkt. Eine Stellvorrichtung ermöglicht eine Einstellung der Bremse auf verschiedene Scheibendurchmesser. Die scharfsinnig um die Hälfte des Kettenbaumes lagernde Bremse hat während des Webens das Bestreben, sich mit der Bremsvorrichtung zu drehen, wird aber durch Gegendruck eines zweckmäßig angeordneten Hakens und Hebels gehindert, wodurch eine momentane Auslösung des Gewichtshebels erfolgt und somit für einen Augenblick die Bremswirkung verringert wird. — Bei der geringsten Drehung der Bremsvorrichtung, also bei jedem Schuß, wird die Bremse auf diese Weise um eine Idee ausgelöst und bleibt somit beständig in

ihrer gleichen Lage hängen, die angehängten Gewichte mögen noch so schwer, die Schußzahl noch so hoch sein.

Das wesentlichste an der ganzen Vorrichtung ist die zweckdienliche Anordnung, durch welche eine außerordentlich elastische Spannung erzielt wird, die sich bei offenem und geschlossenem Fache vollständig gleich bleibt. Die Handhabung ist leicht und einfach. Entlasten und Anspannen der Kette erfolgen selbsttätig, sobald sich der Arbeiter nicht hinter den Stuhl zu begeben braucht. Seidene Gewebe werden infolge der stets gleichmäßigen elastischen Spannung schöner, gleichmäßiger und griffiger, als mit Seilbremse. Die Kettenfäden werden infolge der spielenden Bewegung des Kettenbaumes aufs beste geschont, was naturgemäß eine erhöhte Produktion mit sich bringt. Durch die große Nachgiebigkeit wird namentlich auch das Geschirr geschont. Die Bremsvorrichtung wird dort, wo sie Eingang gefunden, als außerordentlich praktisch bezeichnet, wozu der niedrige Preis ein sonst ungewohntes Verhältnis ergibt, denn die Vorrichtung wird außerdem nur zu einer Seite des Webstuhles benötigt, also für jeden Webstuhl nur eine Bremsvorrichtung.

Trotz alledem aber hängt das gute Verarbeiten seidenen Kettenmaterials zum Teil mehr oder weniger, je nach den gegebenen Verhältnissen, von der Individualität des Arbeiters ab. Auch am mechanischen Webstuhl macht nicht der Stuhl, sondern der Weber die Ware, und es ist verblüffend, bei Vergleichen feststellen zu müssen, wie verschiedenartig sich die Werte der Arbeiter offenbaren. Im übrigen hängt sehr viel von der Erfahrung und dem Gefühl des Arbeiters ab, um immer das richtige Maß der Kettenspannung zc. bestimmen zu können. Am besten bewahren sich am mechanischen Webstuhl gelernter Weber, die nicht bloß die Anfangsgründe der Weberei kennen, sondern tiefer in das Wesen der Weberei eingedrungen sind. Den Vorzug verdienen solche, denen auch die Handweberei nicht fremd ist; an solchen Arbeitern leidet aber unsere Zeit erfahrungsgemäß Mangel. Mit ungeübten Arbeitern hat man namentlich in Seidenwebereien schon sehr üble Erfahrungen machen müssen; denn welcher Neuling im Weben weiß herauszufinden, welche Spannung dem betr. Seidenmaterial zuträglich ist oder welche Maßnahmen bei schlechtgehenden Ketten zu ergreifen sind, um ein besseres Weben zu ermöglichen und vor allen Dingen eine verkäufliche Ware herzustellen. Auch das Nachlassen der Kette resp. das Aufheben der Kettenspannung bei längerem Stillstand des Webstuhles wird nur ein erfahrener, guter Seidenweber gewissenhaft besorgen, denn er weiß eben aus Erfahrung, daß ihm aus der Unterlassung solcher Kleinigkeiten großer Schaden erwachsen kann, der vor allem in großem Zeitverlust besteht.

Frühling wird es nun bald. Bald braut es mit Jubel durch die Lande. Frühlingsstimmung muß in unsere Reihen eintreten. Ueberall muß es mit Luft und Eifer an die Werbearbeit gehen.

feindlich ist. Während alle Annehmlichkeiten des heutigen Militarismus den herrschenden Klassen zugute kommen, muß die Arbeiterklasse seine Mühseligkeiten und seine schweren finanziellen Lasten tragen.

In ihrer Nr. 21, 1911 hat dieselbe „Arbeiter-Jugend“ ihre jungen Leser mit folgenden Worten gegen die Landesverteidigung aufgereizt:

„Die vermehrte Arbeitsgelegenheit, die die für Heer und Flotte produzierenden und liefernden Industriezweige etwa auch für einen Teil des Proletariats darstellen, wird mehr als wettgemacht dadurch, daß das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit in Form von indirekten Steuern und Zöllen, die auf die notwendigen Lebensmittel gelegt sind, die Kosten für die Rüstungen tragen muß. Und sich dazu benutzen zu lassen, auf Vater und Bruder zu schießen, wenn sie um bessere Existenzbedingungen ringen, dafür dankt der Proletarier im Waffenrock nachgerade ebenso entschieden wie der Proletarier im Arbeitsittel dafür dankt, selbst die Werkzeugzeuge herzustellen und zu zahlen, womit er im Bedarfsfalle als innerer Feind niedergemacht werden soll.“

Es ist jedenfalls nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß mit einer solchen „Erziehungsarbeit“ nur Anarchisten herangezogen werden.

Die Halbzeiterfrage in der englischen Textilindustrie. Bekanntlich wird in England noch immer die Unsitte gebildet, daß schulpflichtige Kinder, sofern sie nicht unter 12 Jahre alt sind, in den Textilfabriken mit halben Tagen beschäftigt werden. Daß die körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte dieser Kinder dadurch außerordentlich geschwächt und in ihrer Entfaltung unterdrückt werden, liegt klar auf der Hand. Das traurigste an der Sache ist, daß die wärmsten und eifrigsten Vertreter dieses traurigen Systems die Textilarbeiter selber sind. Wiederholt hat die organisierte Arbeiterschaft Englands der anderen Berufe sich gegen die Unsitte erklärt, auf Kongressen und Tagungen sind Resolutionen und Beschlüsse dagegen gefaßt worden — nützt alles nichts, die englischen Textilarbeiter halten an der schamlosen Ausnutzung ihrer eigenen Kinder fest. Kürzlich hat wieder — wie so oft schon — eine Urabstimmung darüber stattgefunden, ob nicht wenigstens das Schulalter der Halbzeiter von 12 auf 13 Jahre zu erhöhen sei. Das Resultat der Abstimmung war nach einer Mitteilung der „Leipziger Volkszeitung“ aus London folgendes:

	Gegen Alterserhöhung	Für Alterserhöhung	Stimmen- enthaltung
Kremler	32 899	7 408	2 077
Spinner	8 694	3 012	1 112
Weber	68 578	17 214	6 757
Wirner	2 632	663	1 472
Aufseher	2 316	507	580
Weicher und Färber	1 454	1 129	—
	116 572	29 933	11 968

Die Mehrheit für die Verbeibehaltung des gegenwärtigen Zustandes beträgt also 86 640. Auch das bedeutet noch einen Fortschritt gegen früher, denn bei der letzten Urabstimmung betrug die Mehrheit sogar 111 755.

Dieses Ergebnis ist ein trauriger Beweis für den großen Egoismus und die Gemütslosigkeit der englischen Textilarbeiter. Die relativ hohen Löhne der Textilarbeiter Englands sind zum Teil zu erklären mit der Ausnutzung dieser armen Kinder. Denn die erwachsenen Arbeiter bezahlen die sie bedienenden jungen Hilfsarbeiter aus ihren eigenen Arbeitslöhnen. Daß da für die Kleinen nicht viel abfällt, ist bei der ganzen Charakterveranlagung der Engländer gar nicht zweifelhaft.

Zwar verurteilt die deutsche sozialdemokratische Presse dieses englische Halbzeiter-system und die Stellung der englischen Textilarbeiter dazu, aber sie hat doch immer wieder Entschuldigungen und Gründe, die die Sache verständlich machen sollen. Wir möchten den Spektakel der Genossen hören, wenn Mitglieder einer ausgesprochen christlichen Berufsorganisation solches Verhalten an den Tag legten.

Der Rechtsweg in der Reichsversicherungsordnung. Im großen und ganzen hat der Rechtsweg in der Reichsversicherungsordnung gegen früher keine wesentlichen Änderungen erfahren. Bei der Unfallversicherung ist es wie bisher. Gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaften ist Berufung an das Schiedsgericht — demnächst Oberversicherungsamt — möglich und hiergegen wieder Berufung (Rekurs) an das Reichsversicherungsamt. Das Rekursrecht an das Reichsversicherungsamt jedoch hat eine Einschränkung erfahren. Es ist nicht mehr möglich, wenn sich der Streitfall handelt um

1. Krankenbehandlung oder Hauspflege, 2. Renten für eine Erwerbsunfähigkeit, die zur Zeit der Entscheidung des Rekursgerichtes unzeitig oder nach rechtskräftiger Feststellung vorübergegangen ist, 3. Rententeile, die bei dauernder Erwerbsunfähigkeit für begrenzte und bereits abgelaufene Zeiträume zu gewähren sind, 4. Heilanstaltspflege, 5. Angehörigenrente, 6. Sterbegeld, 7. vorläufige Renten, 8. Reusestzung von Dauerrenten wegen Veränderung der Verhältnisse, 9. Kapitalabfindung, 10. Kosten des Verfahrens.

In diesen Punkten sind die Urteile der Schiedsgerichte — Oberversicherungsämter — endgültig.

Bei der Invalidenversicherung handelt es sich in der letzten Instanz nur um ein Revisionsrecht. Auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist das Revisionsrecht ausgeschlossen, wenn es sich handelt um

1. Höhe, Beginn und Ende der Rente, 2. Kapitalabfindung, 3. Witwengeld, 4. Waisensteuer, 5. Kosten des Verfahrens.

Bei Streitigkeiten aus den Leistungen der Krankenversicherung entscheidet zunächst das Versicherungsamt, dann das Oberversicherungsamt und gegen dessen Urteil ist Revision an das Reichs- oder Landesversicherungsamt möglich. Ausgeschlossen ist die Revision, wenn es sich handelt um

1. die Höhe des Kranken-, Haus- oder Sterbegeldes, 2. Unterstützungsfälle, in denen der Kranke nicht oder weniger als acht Wochen arbeitsunfähig war, 3. Wochenhilfe, 4. Familienhilfe, 5. Abfindung, 6. Kosten des Verfahrens.

Im übrigen bleibt der Rechtsweg im großen und ganzen wie bisher. Mit der Einschränkung des Rekurs- und Revisionsrechtes verliert die Arbeiterschaft nicht viel. Was sie verliert, bekommt sie wieder durch die Befugnisse, die dem Versicherungsamt, der untersten und wichtigsten Instanz der Versicherung, in dem ganzen Rentenverfahren eingeräumt sind. Die Einschränkung des Rekurs- oder Revisionsrechtes war notwendig, um eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes und damit eine bessere und schnellere Rechtssprechung zu erreichen.

Die Neutralitätshandelei des Buchdruckerverbandes hat durch dessen Verhalten bei den letzten Reichstagswahlen eine drastische Beleuchtung erfahren. Neben der offensichtlichen Propaganda für die Sozialdemokratie in Versammlungen und im Verbandsorgan, neben Geldzuwendungen etc. ist auch noch im stillen fleißig „Neutralität“ geübt worden.

Der offiziellen Einladung zum Verbands-Gantag von Rheinland und Westfalen lag ein Flugblatt bei, worin traffe Parteipolitik getrieben wird. Konservative und Zentrum werden darin heruntergerissen und betont, daß darauf hingearbeitet werden muß,

„daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl der Reichstag eine andere Zusammensetzung erfährt. Diese Gefahr kann aber nur dann beseitigt werden, wenn die sozialdemokratische Fraktion wesentlich stärker in den nächsten Reichstag einzieht.“

Es wird dann auf die Notwendigkeit hingewiesen, „die für unseren Kreis erscheinende (sozialdemokratische) Arbeiter-Zeitung zu lesen, um an der Ausrüttelung der indifferenten und uns noch fernstehenden Arbeiterschaft für die Wahl mithelfen zu können.“

Außerdem wird auf den sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hingewiesen und gesagt:

„Es darf sich heute kein Gewerkschaftsmitglied verschließen, auch Mitglied der politischen Organisation zu werden . . . es ist unbedingt notwendig, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder derselben anschließen und bei den Vorarbeiten für die Reichstagswahl fleißig mitarbeiten.“

Dem Flugblatt sind angehängt ein Bestellschein auf die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung und ein Aufnahmeschein in den sozialdemokratischen Verein. Ausdrücklich wird am Schluß betont:

„Wer noch nicht Leser der Arbeiter-Zeitung und Mitglied der politischen Organisation ist, solle anhängenden Bestellschein und Aufnahmeschein ausfüllen und ihn dem Funktionär seiner Organisation, oder in der Buchhandlung der Arbeiter-Zeitung, oder in dem Parteisekretariat ab. In acht Tagen soll eine Feststellung der Fragebogen unter den Gewerkschaftsmitgliedern gemacht werden, wer Leser der Arbeiter-Zeitung und Mitglied der politischen Organisation ist.“

Nochmals werden alle Gewerkschaftler „recht dringend“ ersucht, die Bettel genau auszufüllen, „jeder komme dieser Pflicht unverzüglich nach“.

Diese vollständig im Dienste der Sozialdemokratie stehende Organisation ist aber nach wie vor unerschrocken genug, sich als neutrale Buchdruckerorganisation auszugeben, und es gibt wirklich noch immer Leute, die den Schwindel für bare Münze nehmen.

Leistungsschwankungen in der Textilindustrie.

Die durch eine frühere Veröffentlichung bekanntgewordene Dr. Marie Vernay hat nunmehr die Ergebnisse einer zweiten Untersuchung aus dem Berufsleben der Textilarbeiter erheben lassen. Es handelt sich in der Hauptsache um Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität der Textilarbeiter, die sie längere Zeit in einer Spinnerei in Speyer angestellt hat. Wie kommen auf das ganze, teilweise recht interessante und sorgfältig gesammelte Material noch zurück und begnügen uns für diesmal damit, einen kleinen Abschnitt herauszunehmen, der die Schwankungen der Arbeitsintensität an den einzelnen Wochentagen behandelt.

Vernay legt ihrer Untersuchung die Leistung von mehreren Arbeiterinnen zugrunde, die als die „zuverlässigsten und stetigsten“ bezeichnet worden waren. Die Tagesleistung wurde mit Hilfe automatischer Meßvorrichtungen, die an den Maschinen angebracht waren, festgestellt. „Es ist dabei vor allem zu konstatieren“, sagt die Vernay, „daß die Differenzen der Arbeitsleistung von Tag zu Tag, selbst bei einer so mechanischen Arbeit wie das Ringspinnen es ist, weit größere sind, als man von vornherein annehmen würde.“ Manut man als Durchschnittsleistung 100, so ergeben sich in einem Zeitraum von 24 Arbeitstagen folgende Schwankungen an den einzelnen Tagen: wobei noch bemerkt werden muß, daß jetzt dieselben Maschinen und dasselbe Material in Frage kam.

Durchschnittsleistung 100

	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche
Montag	103,2	103,2	75,0	86,1
Dienstag	104,7	101,8	108,3	118,9
Mittwoch	103,2	108,0	115,0	107,7
Donnerstag	88,8	104,8	108,3	106,1
Freitag	107,6	104,8	119,3	106,1
Samstag	77,7	74,2	83,3	79,2

Nach dieser Tabelle ist die Leistungsfähigkeit am Mittwoch am höchsten, sie hielt sich dann bis Freitag, sinkt am Samstag, infolge der kürzeren Arbeitszeit, der vielen Nebenarbeiten und anderer Umstände, die an diesem Tage den Produktionsertrag herabdrücken. Aber selbst bei einer vollen Arbeitsdauer erreicht die Leistungsfähigkeit an diesem Tage nur die Höhe von 89,0.

Nun ist die Leistungsfähigkeit der einzelnen Tage aber verschieden nach dem Charakter der Arbeit. Vernay stellt in ihrem Buche folgende Hauptresultate fest:

1. Durch sorgfames Kontrollieren der Meßinstrumente ließ sich feststellen, daß jeder Wochentag seine ihm eigene Rentabilität besitzt, die ihn von den anderen unterscheidet und die sich in jeder Arbeitswoche ziemlich gleichmäßig wiederholt. Diese verschiedene Rentabilität der einzelnen Wochentage läßt sich aus wirtschaftlichen und persönlichen Tatsachen erklären.

2. In sämtlichen Arbeitskategorien ist die Wochenmitte der Leistungsfähigkeit günstiger als Anfang und Ende der Woche.

3. Die Leistungsfähigkeit der männlichen Arbeiter steigt gegen Ende der Woche nochmals an, die der weiblichen Arbeiter läßt entschieden nach. Man könnte diese Erscheinung vielleicht sowohl aus der größeren Ermüdung wie aus der größeren Disziplinlosigkeit der Frauen erklären.

4. Beim Vergleich der Arbeitsstouren von Ringspinnerinnen einerseits, von Weber und Flyerspinnerinnen andererseits möchte man versucht sein, an einen Zusammenhang zwischen geringer Mechanisiertheit der Arbeitsweise, größere Bedeutung des bewußten Willenseingriffs für die Leistung und an den Übungstyp zu denken.

5. Je weniger schwierig die Arbeitsleistung ist, desto mehr rückt die Höchstleistung nach dem Anfang der Woche zu. Diese Verschiebung läßt sich deutlich nachweisen. Fassen wir je zwei Tage zusammen, so lag das Wochenmaximum

bei den Webern auf Freitag und Samstag, bei den Ringspinnerinnen auf Mittwoch und Donnerstag, bei den Feinflyerspinnerinnen auf Dienstag und Mittwoch, bei den Grobflyerspinnerinnen auf Montag und Dienstag.

Jeden Tag einzeln genommen, entfielen die höchste und die zweithöchste Wochenleistung

bei den Webern auf Mittwoch und Samstag, bei den Ringspinnerinnen auf Mittwoch und Donnerstag, bei den Flyerspinnerinnen auf Dienstag und Donnerstag.

6. Die Häufigkeit der Zunahme und Abnahme der Leistung von Tag zu Tag ergänzt stets die Kurve der absoluten Leistungshöhe; die Verteilung der Maximal- und Minimalleistungen über die Arbeitswoche tut dies in der Mehrzahl der Fälle. Dabei scheint es nicht unwahrscheinlich, daß diese Verteilung mit der abnehmenden Schwierigkeit der Arbeit immer gleichmäßiger wird.“

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Januar

berichtet die soeben erschienene Februar-Nummer des Reichsarbeitsblattes:

Der Geschäftsgang in den Baumwollspinnereien wird von allen Berichten aus den verschiedenen Teilen des Reichs seit vielen Monaten zum ersten Male wieder als befriedigend bezeichnet. Die bereits im Vormonate gemeldete Besserung hat im Januar mit dem Steigen der Rohstoffpreise angehalten; Mangel an Arbeitskräften wird aus Süddeutschland gemeldet.

Die sächsische Wagnespinnerei hatte wie im Vormonate gut und besser als im Vorjahre zu tun; an weiblichen Arbeitskräften war noch immer nicht genügend Angebot vorhanden.

In der Baumwoll-, Weiß- und Buntweberei war nach einem Berichte des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend die Beschäftigung wie im Vormonate und im Vorjahre gut; auch aus Schlesien wird eine leichte Besserung der Geschäftslage gemeldet infolge der regeren Nachfrage, doch sind die Preise noch immer unzureichend. Andere Berichte aus Westdeutschland sprechen sich wesentlich ungünstiger aus.

Die schlesische Wollwarenfabrikation zeigte nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller gegenüber dem Vormonate keine Veränderung; in Fantasiewaren war die Beschäftigung befriedigend.

In wollenen Damenkleiderstoffen war das Geschäft nach Mitteilung des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ziemlich lebhaft und besser als in den Vormonaten, da in den Wintermonaten der Bedarf zu steigen pflegt.

Die Kammgarnspinnereien zeigen gegenüber dem Vormonate, in dem sie im allgemeinen nur mangelhaft beschäftigt waren, keine Veränderung.

Die Lage der Tuchindustrie wird wieder überwiegend als recht schlecht bezeichnet, nur zwei Berichte

aus Rottbus und Spremberg sprechen sich etwas günstiger aus.

In der schlesischen Leinenfabrikation wies das Garnwarengeschäft, namentlich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs, eine wesentliche Besserung auf; die Preise entsprachen indes immer noch nicht den wesentlich gestiegenen des Rohmaterials.

In der Bresfelder Samtindustrie war der Geschäftsgang wie im Vormonate schwach und auch in Samtband war die Beschäftigung nicht besser; dagegen war sie in Seidenstoffen gut und besser als im Vormonate und im Vorjahre.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen war die Beschäftigung anfangs wenig rege und wurde erst bei Eintritt kälterer Witterung besser.

Die Strickwarenfabrikation war nach der Mehrzahl der Berichte gut beschäftigt, besonders in Wintersportartikeln brachte der Januar einen recht lebhaften Absatz. Auch in Shawls und Tüchern war der Geschäftsgang infolge der starken Kälte und von Aufträgen aus Südamerika recht lebhaft.

Die Sticker- und Spitzenindustrie war nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Sticker- und Spitzenindustrie wie in den Vormonaten gut beschäftigt.

Die Hanfspinnerien und Bindfadenfabriken hatten wie in den Vormonaten gut zu tun; aus Schlesien und den Rheinlanden wird Mangel an weiblichen Arbeitskräften gemeldet.

Die Koffhaarspinnerien waren nach Mitteilungen des Verbandes deutscher Koffhaarspinner wie im Vorjahre gut beschäftigt, gegen den Vormonat ist eine Besserung zu verzeichnen.

Die Stoffdruckereien waren nach einem Berichte des Syndikats elbsächsischer Rattmüller ungenügend beschäftigt; infolge des unbefriedigenden Wintergeschäftes ist gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung eingetreten.

Die Türkischrotgarnfärbereien waren wie im Vormonate gut und besser als im Vorjahre beschäftigt, an Arbeitskräften war im Westen Mangel. Die übrigen Färbereien und Bleichereien waren zumeist befriedigend mit Aufträgen versehen.

In leonischen Gespinnsten und Treissen war die Beschäftigung nur mäßig, da die Nachfrage nach Modelachen sehr nachgelassen hat.

Aus der Textilindustrie berichten 455 Betriebs-Frankenkassen mit 94.902 männlichen und 109.746 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Januar ergab sich am 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (+ 524 männliche, + 1332 weibliche).

Die Entwicklung der Dividendenziffer im Textilgewerbe

ist in den letzten Jahren nicht sonderlich günstig gewesen, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht.

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Aktienkapital-Geschäfte, Dividende in 1000 Mark, Dividende in Proz., Bemerkung.

Bemerkung sei, daß es sich hier um Aktiengesellschaften verschiedener Branchen handelt; in einzelnen Zweigen unseres Gewerbes, so in der Baumwoll-, steht die Dividende für das abgelaufene Jahr für zahlreiche, wohl die meisten Betriebe, unter diesem Satz. Die obigen Ziffern geben nur Durchschnittswerte an.

Interessant ist ein Vergleich zwischen den Dividenden-ergebnissen der Aktiengesellschaften anderer Unternehmungsarten. Wir stellen hier zum Vergleiche einige Zahlen zusammen, die die letzte Nummer der Salwer'schen 'Konjunktur' bringt. Darnach geht die Entwicklung der Dividende so:

Table with 6 columns: Gewerbe, Dividenden in Prozenten (1907, 1908, 1909, 1910, 1911).

Die Durchschnittsdividende aller hier berücksichtigten Aktiengesellschaften betrug 1911 8,0. Die Textilindustrie steht mit 0,6% unter dem Durchschnitt. Während bei fast allen Gewerben und Unternehmungen von 1910 an eine Erhöhung eintritt, die auch 1911 anhält, nimmt die Textilindustrie einen abgehenden Kurs. Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß es im nächsten Jahre besser wird.

Das Geschäft in Seidenwaren

wird in der R. Z. unterm 19. Febr. also geschildert: Im Kleingehäft mit Seidenwaren hat sich in den letzten acht Tagen die nun die gegenwärtige Jahreszeit erspürungsgemäß regelmäßig eintretende Lähme geltend gemacht. Andererseits hat jedoch der Verkehr zwischen

Klein- und Großhändlern in zufriedenstellender Weise weiter sich entwickelt, und auch bei Herstellern war der Begehr für greifbare Ware, in Rücksicht auf die Verhältnisse im allgemeinen, ziemlich flott. Den Vorzug, mehr begehrt, als angeboten zu sein, haben freilich nur Taffete, und zwar in erster Linie schillernde, zwei- bzw. dreifache Farbenverbindungen. Bedingung ist dabei, daß die Ware weichen, muslinartigen Griff hat. Die vor einiger Zeit in Modeschriften vertretene Ansicht vom Wiederaufkommen der Mode für knisternde Ausführungen des Artikels hat sich keineswegs verwirklicht. Ueberhaupt bleibt das Kennzeichnende der Mode die unvermindert sich erhaltende Gunst für geschmeidige, fallende, ungezwungenen Faltenwurf liefernde Gewebe, wie die sich erhaltende Vorliebe für enge Frauengewandung sie naturgemäß verlangt.

Außer für Taffet gibt sich auch regere Nachfrage nach Artikeln kund, die entweder seit Jahren Bürgerrecht im Seidenwarenmärkte erworben haben, wie Chinakrepp, Messaline, Liberty und dergl., oder welche Unt änge an die Mode des letzten Frühjahrs darstellen, wie umbüchte Voile- und Gitterstoffe. Wenig kommen großgemusterte Arten vor. Im übrigen will man in 'unterrichteten Kreisen' wissen, daß, ungeachtet der gegenwärtig noch vorherrschenden Richtung, die Lage des 'Futteralkleides' gezählt seien, und an den Plätzen, an denen die Mode entsteht, jenes den kommenden Sommer nicht überleben werde. In den Kreisen der Hersteller würde man ja eine solche Aenderung jedenfalls sehr willkommen heißen, um so mehr, als zugleich mit der Ausdehnung der Kleidermode vermehrter Verbrauch von Stoff durch das Wiederaufkommen der Tunika verbunden wäre. Auch das Samtgewerbe dürfte danach seine besten Zeiten schon gesehen haben, indem an Stelle von Samt die 'hohe' Mode in erster Linie Taffetgewebe bevorzugen wird.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Forst (Sausitz).

Erfolgreicher Streik. Der Streik bei der Firma Kaminsth wurde nach fünfjähriger Dauer mit gutem Erfolge für die Arbeiterschaft beendet. Das Zweifelhafte System wird nicht eingeführt. Der entlassene Weber wurde wieder eingestellt. Betr. Bezahlung von Nebenarbeiten und eines entsprechenden Stundenlohnes wurde ebenfalls ein befriedigendes Zugeständnis erzielt. Ein Arbeiterausschuß von 6 Personen wird anerkannt, ebenso die Organisationen.

Die Bewegung wurde vom christlichen, 'deutschen' und Kirch- und Arbeitervereine gemeinsam geführt und verlief in voller Einmütigkeit. Ein Beweis dafür, daß, wenn man politische und sonstige Sachen aus der Bewegung fern hält und Einigkeit unter der Arbeiterschaft herrscht, gute Erfolge zu erringen sind. Hoffentlich wird es in der Zukunft immer so gehalten.

Gronau.

Einige Wünsche der hiesigen Arbeiter. In letzter Zeit haben viele Fabrik- bzw. Abteilungsverfassungen der hiesigen Betriebe stattgefunden, in welchen fast allseitig der Wunsch nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, spez. der Lohnverhältnisse, laut wurde. Zwar ist in mehreren Abteilungen der Spinnerien, wo die Arbeiterschaft organisiert war, im vorigen Sommer eine Aufbesserung erzielt worden. Im allgemeinen sind jedoch die Verhältnisse noch sehr verbesserungsbedürftig. Technische Neuerungen und Erhöhung der Produktion stellen zudem höhere Anforderungen an die Arbeitskraft. Die besten Lohnverhältnisse hat Gronau nicht, trotzdem es die bedeutendste Spinnerstadt Deutschlands ist und große moderne Neubauten der Fabrikabteilung hat, sobald nur Arbeitskräfte dafür gewonnen sind. Eine Aufbesserung ist also dringend notwendig. Hoffentlich wird sich dieselbe auch durchführen lassen, wenn auch nicht mit radikalen Forderungen und momentanen Gehaltsaufschlägen. Es sind zunächst genaue Unterlagen notwendig, welche die Arbeiter der einzelnen Abteilungen selbst mit beschaffen müssen und besonders ist notwendig eine Stärkung der Organisation. Die christlich-national denkenden Arbeiter mögen besonders auf eine Stärkung unseres Verbandes bedacht sein, um so einen größeren Einfluß ausüben zu können.

Wassberg.

Wie Meister nicht sein sollen. Nach langer Zeit sind wir wieder genötigt, die Spalten unseres Verbandsorgans für eine Klage in Anspruch zu nehmen. Es muß der Deffenlichkeit mal kund getan werden, wie ein Meister der Abteilung 'Bandweberei' des Betriebes der Firma Krähnen u. Sobbers sich den Arbeitern gegenüber benimmt. Kommt eine Arbeiterin zu diesem Herrn und meldet ihm, daß der Stuhl nicht mehr geht, so hält er es kaum der Mühe wert, ihr eine Antwort zu geben, höchstens verspricht er sich zu dem Ausspruch: 'Da kann ich nicht für.' Bei einer Beschwerde, die hierüber bei seinem Vorgesetzten (bei welchem er einen viden Stein im Brett hat) vorgebracht wurde, wollte er sich damit entschuldigen, daß er ausföhre, die Arbeiter können ihm auch frech entgegen. Auf die Frage, wer und was man gesagt habe, brachte er vor, die Arbeiterin - hätte einfach zu ihm gesagt: Kommen Sie, mir das Stück nachmessen. Diese Aufforderung war dem Meister nicht höflich genug gewesen. Wer aber von anderen höflich angesprochen sein will, muß sich auch selbst der Höflichkeit bedienen, besonders da den Angestellten der § 11 der

Arbeitsordnung vorschreibt, 'daß sie den Arbeitern in jeder Beziehung als Vorbild dienen' sollen.

Dieses ist es aber nicht allein, worüber sich die Arbeiter beklagen. Irrtümer beim Anschreiben der gemessenen Meter sollen keine Seltenheit sein, in einem Falle sollen sogar 110 Meter gemessen und nur 100 angegeschrieben worden sein. Es sei nun die Frage erlaubt: Wer trägt hierfür die Verantwortung, daß in solchen Fällen dem Arbeiter der verdiente Lohn voranthalten wird? Ferner wird man den Arbeitern bei Ansprüchen auf Vergütung nicht gerecht. Es wird ihnen oft genug die ihnen zukommende Vergütung freitig gemacht. Wir glauben nicht, daß dies im Sinne der Firma gehandelt ist, denn die Firmeninhaber haben diese Sache in friedlicher Weise mit dem Arbeiterausschuß geregelt. Auch wird die Firma, durch Erfahrungen belehrt, wohl zu der Ansicht neigen, daß es für den Betrieb vorteilhafter und für die Produktion von gutem Einfluß ist, wenn überall Hand in Hand gearbeitet wird. Leider wird dieses zur Unmöglichkeit, wenn vom Meister geholt, trafehlt und die Arbeitererschaft zur Unzufriedenheit aufgestachelt wird. Daß diese Art zu handeln im Sinne der Firma ist, möchten wir mit Grund bezweifeln, da diese stets friedlich mit den Arbeitern auskommen ist. Es ist bald anzunehmen, daß der Meister durch sein Verhalten den Blick der Firma von gewissen Dingen ablenken möchte. Sonderbar muß es auch berühren, daß der Meister so ängstlich darüber wacht, ob in einer Versammlung oder im Betriebe etwas über ihn gesprochen wird. Solchen Arbeitern wird mit 'Hinauswerfen' gedroht oder ihnen gesagt, daß sie sich in acht nehmen könnten. Mit Bangemachen sollen die Arbeiter in Schach gehalten werden! Ob diese sich das aber gefallen lassen? Die Antwort auf diese Frage hängt vom Verhalten der Arbeiter selbst ab. Sind sie im Zentralverband christlicher Textilarbeiter organisiert, so haben sie eine Stütze. Ist es nicht der Fall, so ist es höchste Zeit, sich dieser Stütze zu sichern. Der Verband hat die Interessen der Arbeiter immer mit aller Energie vertreten. Er wird auch nicht dulden, daß seine Mitglieder chikanieren werden. Darum müssen die Unorganisierten demselben sofort beitreten.

Aus unseren Bezirken.

Eine Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Konferenz im Bezirk Bamberg.

die einen sehr anregenden Verlauf nahm und von Mitgliedern aus Forchheim, Weitzbach, Kirchheim, Wiesentau, Gossberg und Neuth besucht war, fand auf Einladung unserer Bezirksleitung am 11. Februar in Unter-Weitzbach statt. Infolge eines Beschlusses einer Bezirkskonferenz in Bamberg sollen öfters im Jahre abwechselnd in den einzelnen Ortsgruppen besondere Konferenzen abgehalten werden. Nachdem im letzten Jahre schon solche Konferenzen in Bamberg, Forchheim und Kirchheim stattgefunden hatten, galt es dieses Mal, die Vertreter aus den einzelnen Orten des Weizentales, das von Textilarbeitern stark bevölkert ist, zu versammeln, zum Zwecke einer Aussprache darüber, welche Aufgaben in der nächsten Zeit hier von der gemeinschaftlich organisierten Arbeiterschaft gelöst werden müssen.

In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzender der Ortsgruppenvorsitzende Kollege Kaiser und als Schriftführer Kollege Hertel aus Forchheim. Ueber das besonders in der Gegenwart überaus zeitgemäße Thema: 'Die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach der letzten Reichstagswahl und unsere nächsten Aufgaben', verbreitete sich unser Bezirksleiter, Kollege Müller. Im ersten Teile seines Berichtes wurde vom Referenten die Frage: Kann die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit den Ergebnissen der letzten Reichstagswahlen zufrieden sein? ausführlich im bejahenden Sinne beantwortet und die besonderen Gründe hierfür auch einzeln angeführt. Nach erschöpfender Darstellung der für unsere und für die sozialdemokratische Bewegung nach den letzten politischen Wahlen geschaffenen Situation, kam der Redner zu dem Schlusse, daß sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Deutschland neben der sozialdemokratischen ganz gut sehen lassen könne, in jeder Beziehung mit der gegnerischen Bewegung einen Vergleich aushalten und in mancher Beziehung sogar der sozialdemokratischen an Bedeutung und Einfluß weit überlegen sei. Wenn die christlich organisierten Arbeiter Deutschlands jemals Grund gehabt hätten, für die Stärkung und tatkräftigste Förderung ihrer Organisationen einzutreten, dann jetzt nach dem sozialdemokratischen Wahlerfolge. Unsere nächsten Aufgaben beständen in dem inneren Ausbau unserer christlichen Gewerkschaften und darin, daß wir auch gleichzeitig durch eine systematische Kleinagitation allen auf christlicher und nationaler Grundlage stehenden Organisationen recht viele neue Anhänger zuföhren.

Nachdem der Referent sich noch eingehend über die Frage der allgemeinen Einführung von Lokalbeiträgen in unsern Verbandsausgesprochen hatte, die Einführung der Lokalbeiträge mit zum inneren Ausbau der Gewerkschaften gehörend bezeichnet hatte, wurden im letzten Teile seines Vortrages die einzelnen Agitationsmethoden besprochen und an Beispielen aus der Praxis den Versammelten gezeigt, wie mit Erfolg eine systematische Kleinagitation betrieben werden müsse. Nachdem dann noch in der Diskussion die Kollegen Kaiser-Forchheim, Rupper-Gossberg und Menges-Weitzbach ihre in der Agitation gemachten Erfahrungen mitgeteilt hatten, und besonders warm für die Einführung von Lokalbeiträgen im Sinne der vom Referenten gemachten Ausführungen eingetreten waren, erfolgte Schluß der impopular verlaufenen Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf unsern Verband und mit der begeisterten Aufforderung des Vorsitzenden, die auf der Konferenz empfangenen Anregungen auch recht bald praktisch in die Tat umzusetzen.

Drauf und Drauf!

Noch ist es Zeit, um zu werben! Zu werben für unseren Verband, der in der kommenden Zeit mit besonderem Nachdruck unsere Berufsinteressen vertreten soll. Der Aufruf ergeht an alle Mitglieder! Wer wollte sich feige und treulos drücken?

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Das schlechteste Ergebnis seit 40 Jahren. Mitte des Monats Februar veröffentlichten die Bamberger Tageszeitungen die wichtigsten Beschlüsse von Aufsichtsratsitzungen der beiden einzigen Großbetriebe hier am Orte, der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei und der mechanischen Seilerwarenfabrik. Der Aufsichtsrat des letztgenannten Betriebes hatte beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung von 14 Prozent (wie im Vorjahre) vorzuschlagen. Der Reingewinn beträgt im Jahre 1911 M. 260 184 (gegen M. 340 117 im Jahre 1910).

Für die mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bamberg soll im Jahre 1911, wie es in der in allen Zeitungen gleichlautenden Notiz hieß, das schlechteste Ergebnis seit 40 Jahren sein. Der Gewinn betrug nur M. 110 000 gegen M. 218 000 im Vorjahre, was ca. drei Prozent des Aktienkapitals entspricht. Der Aufsichtsrat beschloß, daß der Generalversammlung vorgeschlagen werden soll, unter Zuhilfenahme des Gewinnvortrages vom vorigen Jahre eine Dividende von 7 1/2 Prozent (10 Prozent im Vorjahre) zu verteilen. Die Aussichten für das laufende Jahr sollen wieder besser sein.

Die Mitteilung, daß im vorigen Jahre für die mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bamberg das schlechteste Ergebnis seit 40 Jahren sein soll, ist aus dem Grunde für unsere Mitglieder von besonderem Interesse, weil gerade im vorigen Jahre hauptsächlich wegen des schlechten Geschäftsganges die konsequente Durchführung einer ersten Lohnbewegung unterbleiben mußte. Allerdings waren auch noch andere Gründe, nicht zuletzt der, daß die Organisationsverhältnisse noch sehr viel zu wünschen übrig ließen, für unsere Verhandlungsmittelbestimmung, es damals noch nicht zu einem Streit kommen zu lassen. Eine Anzahl Mitglieder hat aber trotzdem im vorigen Jahre unverantwortlichen Gehern mehr Glauben und Vertrauen geschenkt, als wie ihrer eigenen Verhandlungsmittelbestimmung und sind damals aus der Gewerkschaft ausgetreten. Daß aber die Verhandlungsmittelbestimmung und nur im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt hat, beweist die Mitteilung aus der Sitzung des Aufsichtsrates der mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bamberg.

Die allermeisten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Spinnerei und Weberei haben bedauerlicherweise zu einer Zeit, wo, wie beispielsweise im Jubiläumsjahr, die Firma 22, 25, ja sogar 27 1/2 Prozent Dividenden verteilen konnte, sich um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nicht im geringsten gekümmert. Von den weit über 1800 Arbeitern waren in jenen Jahren kaum 100 gewerkschaftlich organisiert. Und damals hätte man mit Aussicht auf Erfolg eine erste Lohnbewegung durchführen können und hätte man, wenn die Firma den gerechten und berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht entgegengekommen wäre, auch vor der Anwendung des allerletzten Mittels, des Streiks, nicht zurückzuschrecken brauchen. Und in Zukunft wird die Textilarbeiterschaft von Bamberg und Umgebung von einem guten Geschäftsgange in den hiesigen Textilbetrieben nur dann etwas profitieren können, wenn sie rechtzeitig den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation findet und, was die Hauptsache ist, ihrer gewerkschaftlichen Organisation auch in Zeiten eines schlechten Geschäftsganges die Treue bewahrt.

Bamberg. Eine außerordentliche Vorstandsmittglieder- und Vertrauenspersonenkonferenz, die von über 30 Mitgliedern besucht war und eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen hatte, fand am 16. Febr. hier selbst statt. Der Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Kollege Doppelt, erstattete zu Punkt 1 der Tagesordnung ein längeres, gut durchdachtes Referat über die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach der Reichstagswahl und unsere nächsten Aufgaben. Nach dem Vortrage äußerten einige Vertrauenspersonen den Wunsch, in Zukunft möchten noch öfters solche Veranstaltungen mit Referaten über zeitgemäße Fragen abgehalten werden. Diesem Wunsche soll recht gerne entsprochen werden. Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach unser Bezirksleiter, Kollege Müller, von der Notwendigkeit der obligatorischen Einführung von Lokalbeiträgen in unserm Verbande. Von den Kollegen Wittekind und Hoppert wurden seine Ausführungen noch ergänzt, und auch die übrigen Diskussionsredner, der Vorsitzende Kollege Keidel, sowie die Kollegen Bopp, Krappmann und Sommer, bezeichneten die geplante Neuerung als eine im Interesse des Verbandes und der Arbeiterschaft liegende unbedingte Notwendigkeit. Eine Beschlußfassung in dieser Frage konnte nicht vorgenommen werden, da nur eine außerordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe dazu zuständig ist. Diese wird in einiger Zeit stattfinden und wird erwartet, daß alle Mitglieder vollzählig, gleichviel, ob sie nun Freunde oder Gegner der Einführung von Lokalbeiträgen sind, diese Generalversammlung besuchen und in derselben ihre etwaigen Bedenken frei und offen vorbringen. Nur in den Versammlungen ist der Ort, wo man seine Ansichten und allenfallsigen Wünsche anbringen kann. Darum fehle kein Mitglied in der nächsten Versammlung.

Brennet-Deisingen. Unsere Generalversammlung am 4. Febr. war gut besucht. Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht wurden die Wahlen geübt, welche folgendes Resultat ergaben: 1. Vorsitzender Kollege Widmann, 2. Vorsitzender Kollege Hermann Kuttner, Kassierer Kollege Gustav Müller und als Vertrauensmänner die Kollegen Hoyer und Lang. Trotzdem unsere beiden Beamten durch die Bewegung in Ahenbach am Erscheinen verhindert waren, verlief unsere Versammlung interessant und belehrend. Anzuführen wollen wir aus den Verhandlungen nur noch, daß in der Lokalbeitragsfrage unsere Mitglieder einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Im Laufe des Abends wird unsere Gruppe einen Ausflug machen, und zwar wahrscheinlich ins Wiesental zum Besuche der dortigen Ortsgruppen.

Burgwaldnieß. Unser Familienfest nahm einen recht schönen Verlauf. Nachdem unser Vorsitzender die Geschworenen herzlich willkommen geheißen und den Zweck des Festes erklärt hatte, wurde von einem auswärtigen Kollegen die Festsprache gehalten, welche von allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Nach der Festsprache wurden einige Theaterstücke recht flott und schön gespielt. Die Eltern und die Kinder freuten sich besonders, als jedes Kind unter 14 Jahren mit einer dichtgefüllten, großen Lüte beschenkt wurde. Alle, die dem Familienfeste beigewohnt haben, sind mit großer Befriedigung nach Hause gegangen. So zahlreich unsere Festlichkeit besucht war, so schlecht war dagegen unsere Generalversammlung besucht, obgleich den Kollegen und Kolleginnen mitgeteilt worden war, daß die Tagesordnung sehr wichtig sei. Der frühere Vorsitzende, Kollege Jof. Vietzen, und auch der frühere Kassierer, Kollege

Jürßen, wurden einstimmig wiedergewählt. Es ist traurig, daß der Vorstand über solchen schlechten Versammlungsbefuch berichten muß, aber es scheint, daß die Mitglieder auch hier noch lieber zu allehand Klimbim laufen, als die Versammlungen besuchen.

Freiburg. Unsere diesjährige Generalversammlung war sehr gut besucht. Insbesondere ist es der Geschäftsbericht unseres Schriftführers, aus dem wir einiges hervorheben wollen. Darnach wurde unsere Ortsgruppe am 8. April 1906 gegründet und zwar mit 19 Kolleginnen. In der zweiten Versammlung traten 22 weitere Kolleginnen bei, und so stieg die Mitgliederzahl in kurzer Zeit bis auf fast 100. Die Versammlungen fanden bis Juni fast wöchentlich, und von da bis Januar 1907 vierzehntägig statt. Leider ist aber die Ortsgruppe, so schnell sie anfangs blühte, mit der Zeit wieder fast ganz eingegangen. Wegen eines geringfügigen Umstandes haben die früheren Mitglieder die Verhandlungsmittelbestimmung gelassen. Von Januar 1907 bis November 1910 vegetierte der Rest als Zahlstelle kümmerlich dahin. Am 11. November 1910 wurde unsere Ortsgruppe dann gleichsam aufs neue gegründet, wie aus dem vorhandenen Protokoll hervorgeht, und zwar von den Kollegen Kümmele und Kiefer. Wenn wir auch seither nur langsam vorwärts gekommen sind, so ist doch die innere Festigung und die Eintracht der Mitglieder untereinander gewachsen, und das ist wertvoller als das erste Strohfeuer. Anfang 1911 waren 14 Mitglieder vorhanden: 13 Kolleginnen und 1 Kollege. Am Schlusse des Jahres zählten wir 21 Mitglieder und zwar 16 Kolleginnen und 5 Kollegen. Größtenteils ist also auch die Zahl unserer Kollegen gestiegen; lange Zeit hatten wir überhaupt nur ein männliches Mitglied. Auch die Kassenverhältnisse haben sich gebessert. Im 4. Quartal 1911 konnten 40,75 M. an die Zentralkasse abgeliefert werden. In der Lokalfasse war ein Bestand von 18,49 M. für das 1. Quartal 1912. Nichts wir nun den Blick in die Zukunft. So wie bisher, kann es nicht weitergehen. Wir müssen unsere Ortsgruppe aktionsfähig machen, damit wir jederzeit in der Lage sind, unsere Interessen zu vertreten. Dazu bedarf es einer möglichst großen Anzahl Mitglieder. Seien wir deshalb bestrebt, den Geist der Solidarität unter uns zu pflegen und auch immer mehr Mitarbeiter mit demselben zu erfüllen. — Dem Kollegen wurde für seinen ausführlichen Bericht bestens gedankt. Eine rege Diskussion schloß sich an. Kollege Wasmer aus Waldkirch hielt noch ein kurzes Referat. Im übrigen wurden die alten Vorstandsmittglieder wiedergewählt.

Greifath. Die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe ist von 811 auf 925 gestiegen; die Gesamteinnahmen betragen 5673,20 M. 65 Mitglieder sind im verfloffenen Jahre krank gewesen, wofür ein Krankengeld von 800,85 M. ausbezahlt wurde. An Sterbeunterstützung wurden für 2 Mitglieder 50 M. ausbezahlt und an Gemäßigtenunterstützung 32 M. Daß die Konjunktur hier am Orte im verfloffenen Jahre keine gute gewesen ist, zeigt die Summe, die die Arbeitslosenunterstützung erforderte. Es haben sich arbeitslos gemeldet 186 männliche und 85 weibliche, zusammen 271 Mitglieder. Diese hatten zusammen 2029 arbeitslose Tage. Es waren unterstützungsberechtig 175 Mitglieder, sie haben für 1233 arbeitslose Tage 1476,20 M. an Unterstützung bezogen. Insgesamt wurden im verfloffenen Jahre von der hiesigen Ortsgruppe an Unterstützungen ausgezahlt 2159,05 M. Es fand eine Lohnbewegung statt, nämlich für die Samstager der Firma Schwarz. Es wurde erzielt durch die Vermittlung des Bezirksleiters unseres Verbandes pro Woche 1 M. für jeden beteiligten Arbeiter.

Gronau. Am 21. Jan. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer, Kollege Kerthoff, erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1911, woraus hervorgeht, daß an Beiträgen eingenommen wurden 5207,50 M. An Krankenunterstützung wurden 1007,85 M., Arbeitslosenunterstützung 248,40 M., Reiseunterstützung 5,65 M., Sterbegeld 30,— M. ausbezahlt. Kollege Berag gab den Jahresbericht. Es wurden im Jahre 1911 insgesamt 13 Mitgliederveranstaltungen, 2 öffentliche, 32 Fabrikversammlungen, 13 Vorstandssitzungen, 15 Vorstandsmittglieder- und Vertrauensmännerversammlungen, sowie 2 Arbeiterinnen- und Jugendversammlungen abgehalten. Es wurden 15 Abteilungs-Lohnbewegungen mit teilweise erfolgreichem Erfolg durchgeführt, woran ca. 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren und an Lohnhöhe von wöchentlich 1730,80 M. oder jährlich 90005,40 M. erzielt wurden. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppe an Beiträgen betrug 28 253,50 M. Die Ausgabe an Unterstützungen betrug: Krankenunterstützung 3084,30 M., Arbeitslosenunterstützung 480,20 M., Reiseunterstützung 14,90 M., Sterbeunterstützung 90,— M., Rechtschutzkosten 26,65 M. Wir sehen also aus diesen Zahlen, daß der Verband für die Gronauer Kollegen und Kolleginnen manchen Erfolg gebracht hat. Auch von seiten der Behörde werden wir anerkannt, und im öffentlichen Leben haben wir uns Einfluß erworben.

Herbolzheim. In unserer, der Auflösung so ziemlich nahe gestandenen Ortsgruppe beginnt sich erfreulicherweise wieder ein recht reger Gewerkschaftsgeist zu entwickeln. Die Arbeiter sehen eben doch ein, welche großen Nutzen der Verband uns bringt. So gefaltete sich nach langer Zeit in unserer, am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung wieder ein richtiges Versammlungslieben. Bei der Vorstandswahl wurden unsere alten und erprobten Kämpfer wiedergewählt. Nachdem referierte Kollege Wasmer-Waldkirch über Hansagitation. Von der Diskussion wurde äußerst reger Gebrauch gemacht und noch manche gute Anregung gegeben. Mehrere Neuaufnahmen bildeten den Erfolg des Abends.

Kiesfeld. In einer Zeit, wo die politischen Bogen alles zu überfluten drohen, wie es in den letzten Wochen der Fall war, ist es nicht leicht, den gewerkschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen. Alle Welt war da angespannt in der politischen Arena. Auch in Kiesfeld gab es eine Zeit der politischen Leidenschaften, und ist es deshalb erklärlich, daß gewerkschaftlich nur das allernotwendigste geschehen konnte. In der jährlichen Generalversammlung wurde sonst immer ein ausführlicher Jahresbericht erstattet. Diesmal hat der Vorstand ihn zurückgestellt für die nächste Versammlung. Der Kassierer erstattete den Quartalsbericht vom 4. Quartal. In den Vorstand wurden zum ersten Male zwei Kolleginnen gewählt. Von den Kollegen wurden in den Vorstand gewählt: W. Buhf, C. Birgels, G. Nießen, R. Wellmanns, G. Born und Heint. Windel. Die Kartelldelegierten wurden wiedergewählt; desgleichen die Revisoren. Sodann fand eine Besprechung über die demnächstige Agitation statt. Die vorliegenden Veranstaltungen wurden dem näheren erläutert und zu fleißiger Agitation aufgefordert. Zum Schluß fand noch eine wichtige Besprechung über die demnächst stattfindende

Gewerbegerichtswahl statt. Eine Kommission wurde mit der Erledigung der Kandidatenfrage beauftragt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Es sei noch bemerkt, daß die Gewerbegerichtswahl im ersten Wahlkreise, das ist der Stadtkreis Kresfeld und die eingemeindeten Vororte, für die Arbeitnehmer der Textilindustrie am Montag, den 11. und Dienstag, den 12. März, vormittags von 11—2 Uhr, und nachmittags von 5—9 Uhr abends stattfinden. Auch an dieser Stelle seien unsere Mitglieder auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen.

Lahr. In unserer Generalversammlung am 11. Febr. wurde der bisherige Kassierer, Kollege Himmelsbach, einstimmig wiedergewählt. Die Revisoren und Vertrauensleute behalten ihre Ämter weiter. Hierauf hielt uns Kollege Wasmer aus Waldkirch einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung, an den sich eine rege Diskussion anschloß. Unsere Kolleginnen machen wir noch darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit eine Arbeiterinnenversammlung stattfindet, in der unsere Sekretärin, Kollegin Harder aus Düsseldorf, sprechen wird.

Landeshut in Schlef. In unserer Generalversammlung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen und Kassierers Gustav Walter. Den Kassenbericht vom 4. Quartal 1911 erstattete der Kassierer. Nachdem gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er ermahnte die Mitglieder, mehr als im verfloffenen Jahre mitzuarbeiten an der Ausbreitung unserer Bewegung. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Oskar Walter einstimmig wiedergewählt. Ebenso Kollege Ulrich als Kassierer. Aus der Wahl zum Schriftführer ging Kollege Reimelt hervor. Weiszer wurde Kollege Schreiber. Des weiteren stand auf der Tagesordnung: Einführung von Lokalbeiträgen. Es wurde die Einführung eines Lokalbeitrags von wöchentlich 5 Pfg. beschlossen.

Marktredwitz. Eine christlich-nationale Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung fand am 15. Febr. statt. Erfreulicherweise waren der Einladung zur Versammlung die beiden Präziden des katholischen Gesellen- und des Jugendvereins gefolgt. Unser Bezirksvorsitzender, Kollege Müller, hielt ein Referat über unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung nach der Reichstagswahl. Eine ruhige und sachliche Diskussion, an der sich außer mehreren Mitgliedern auch die beiden Gäste beteiligten, ergänzte wirkungsvoll die vom Kollegen Müller gemachten Ausführungen. Wären die Mitglieder der Einladung zur Versammlung zahlreicher gefolgt, so würden sie unzweifelhaft alle in der Versammlung ausnahmslos zu der Erkenntnis gekommen sein, daß unsere gegenwärtige Zeit so ernst ist, daß sich kein christlich und national denkender Arbeiter oder keine christliche Arbeiterin von der Mitarbeit in der großen christlich-nationalen Arbeiterbewegung ausschließen darf.

Rheide. (Generalversammlung.) Wenn aus den Resultaten der jährlichen Arbeit in den Ortsgruppen die Schlussfolgerungen in der richtigen Weise gezogen werden, sind die Generalversammlungen äußerst wichtig. Unter diesem Gesichtspunkt tagte auch unsere Generalversammlung. Kollege Frieling konnte in dem Jahresbericht hervorheben, daß im allgemeinen das Jahr 1910 für unsere Ortsgruppe zufriedenstellend war. Zwar war in dem 1. Halbjahr die Konjunktur sehr schlecht; besserte sich aber im 2. Halbjahr bedeutend. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe, welche ca. 170 beträgt, hat sich gut gehalten. Von den im vorigen Jahre bei der Hausagitation aufgenommenen sind keine dem Verbands wieder untreu geworden. An Versammlungen und Sitzungen wurden 34 abgehalten. Das Verhältnis zum Arbeiterverein ist befriedigend. Die Gesamteinnahme unserer Ortsgruppe betrug 2934,60 M. An Unterstützungen wurden 657,40 M. ausbezahlt. Die Ortsgruppenkasse hatte eine Einnahme von 455,43 M., der eine Ausgabe von 286,53 M. gegenübersteht. Der jetzige Kassenbestand der Ortsgruppe beträgt 674,44 M. Für unsere Kolleginnen ist von großer Wichtigkeit, daß für dieselben seitens der Ortsgruppe in diesem Jahre wieder ein Nähtkurs veranstaltet wurde. Zur Unterstützung des „Unternehmens“ hat — dankenswerterweise — die Gemeindevertretung 30 M. bewilligt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der Vorsitzende, Kollege Frieling, bat, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Die Versammlung wählte ihn jedoch einstimmig wieder; ein Beweis, daß die Mitglieder seine Tätigkeit zu schätzen wissen. Kollege Frieling nahm die Wahl denn auch wieder an. Einstimmig wurde auch der Kassierer, Kollege Böing, wiedergewählt. Weiterhin wurden noch in den Vorstand gewählt, Kollege Wislitz und die Kollegin Wessels. Der anwesende Bezirksleiter, Kollege Otte, sprach dann über die Notwendigkeit der Mitarbeit der Mitglieder in der Ortsgruppe und kurz über die Lokalbeitragsfrage. Jeder möge an seiner Stelle und an Seite des Vorstandes das tun, was wir unserer großen Sache schuldig sind. Dann wird auch das Jahr 1912 ein segensreiches sein.

Rheide. Ueber die gewerkschaftliche Arbeit des vergangenen Jahres berichtete der Vorsitzende in unserer Generalversammlung. Er erwähnte u. a. die Unsicherheit auf dem Baumwollmarkt. Die Baumwollpreise hatten im zweiten Halbjahre eine fast nie gekannte Höhe erreicht, und führten dann nach Bekannwerden der neuen Ernte gewaltig im Preise herunter. Die Zeit der Unsicherheit scheint indessen überwunden zu sein. Auch auf dem Arbeitsmarkte macht sich dies durch größere Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Ueber die Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppe berichtete er folgendes: Es fanden 2 öffentliche, 8 Mitgliederversammlungen, 10 Vertrauensmännerversammlungen, 19 Vorstandssitzungen, 35 Fabrikversammlungen, 12 Kartellsitzungen, 8 Sitzungen der sozialen Kommission und 1 Unterrichtskursus statt.

Unsere Mitgliederzahl hielt sich auf der alten Höhe; hoffentlich wird sie im jetzigen Quartal steigen. Bei der im vergangenen Jahre stattgefundenen Kassenwahlenwahl, welche zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem getätigt wurde, haben die christlichen Arbeiter gut abgeschnitten. In Zukunft muß es noch besser werden. Auch einen Elternabend und eine Weihnachtsfeier wurden abgehalten. Diese erfreuten sich eines guten Besuchs. Die Aufführung, welche dort gegeben worden ist, wird hoffentlich ihren Zweck erfüllen. Zum Schluß machte Redner darauf aufmerksam, daß Ende Februar oder Anfang März ein Arbeiterinnentag abgehalten werden solle. Er bat die Kolleginnen, hierfür eine eifrige Propaganda zu entfalten. Auch erwähnte er, daß in den konfessionellen Vereinen fortan recht eifrig zur Aufklärung der Mitglieder über die christlichen Gewerkschaften gearbeitet werden solle.

Der Geschäftsführer, Kollege Nowak, ergänzte noch den Vortrag durch längere Ausführungen. Er richtete an die Mitglieder die dringende Bitte, in Zukunft eifrig mitzu-

arbeiten, damit unsere Organisation vorwärts schreiten möge zum Nutzen und Vorteil für die Arbeiter.

Schönau. Unsere Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Kollege Kiefer-Vörrach hielt einen Vortrag über: „Das deutsche Wirtschaftsleben im Jahre 1911“.

Verlautenheide. Gigg kalt segte der Nordwind über die Höhen des Raminberges dahin, als unsere Hauptgeneralversammlung tagte.

Werden. Lebhaftige Klagen über die Mißstände und mäßigen Verdienst in einer der hiesigen Webereien hört man in letzter Zeit aus fast aller Kollegen Munde.

Am Jahresabschluss zählte unsere Gruppe 224 Mitglieder, 2 weniger wie am Anfang des Jahres.

Die Vorstandswahlen konnten schnell und glatt getätigt werden. Der erste Vorsitzende, Kollege Sch. Quintjes, und der Schriftführer, Kollege Ludwig Andres, wurden wiedergewählt.

Als Anlaß des zehnjährigen Bestehens unserer Gruppe waren die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen zu einer kleinen Festeier zusammengelommen.

Mitrat. Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. An Mitgliedern hatten wir am Schluß 1911 190, davon 107 männliche und 83 weibliche.

Zell i. B. Unsere Monatsversammlung vom 30. Jan. war zahlreich besucht. Aus dem Kassenbericht, erstattet vom Kollegen Süterle, ist folgendes zu entnehmen:

Spannungen und Krisen des letzten Jahres. Vom Vorstehenden wurde noch bekannt gegeben, daß eine Arbeiterinnenkonferenz geplant ist, wozu wir vier Kolleginnen entsenden wollen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Vom Außenhandel Deutschlands. Auf die Jahre des Aufschwungs 1906 und 1907 sind bekanntlich zwei des Niedergangs gefolgt, welche den Außenhandel des Deutschen Reiches natürlich ebenfalls sehr beeinträchtigt haben.

Table with 5 columns: Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Einfuhr, Ausfuhr, 1907, 1911. Rows include Rohstoffe, Chemische Erzeugnisse, Spinnstoffe, etc.

Die Einfuhr stieg also seit dem Jahre 1907 um 20,6 Prozent, die Ausfuhr um 18,4 Prozent. Freilich weisen einzelne Gruppen Rückgang der Einfuhr nach.

Sehr bemerkenswert ist das Anwachsen der Einfuhr von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Nahrungs- und Genussmitteln um mehr als 1000 000 000 Mark innerhalb vier Jahren!

Lebensmittelpreise und Nahrungsaufwand im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 hat sich in der Geschichte als „Teuerungsjahr“ einen besonderen Platz erworben. Alle Welt weiß, daß die langanhaltende Hitze im letzten Sommer den Ertrag der Kartoffel-, Gemüse- und Futtermittel stark beeinträchtigt und damit erhebliche Wertenerung der Lebensmittel herbeigeführt hat.

Table with 6 columns: Jan., Febr., März, April, Mai, Juni. Rows show price changes for various months.

Vom Januar auf Dezember 1911 ergibt sich Erhöhung der Indexziffer um 1,10 Mark. Die General-Indexziffer für sämtliche berichtenden Orte stellt sich für das Jahr 1911 auf 24,18 Mark.

Berfolgen wir nun die Jahres-Indexziffer für die einzelnen Landesteile, so erhalten wir zwei Gruppen von Gebieten. In den ersteren steht die Jahres-Indexziffer über dem Reichsindex, in den übrigen steht sie darunter.

Ueber dem Reichsindex steht der Jahresindex 1911 in folgenden Landesteilen:

Table with 4 columns: Landesteile, Durchschnitts-Index für 1911, Orte mit dem höchsten Index, Orte mit dem niedrigsten Index. Rows include Baden, Elsaß-Lothringen, Rheinland, etc.

Unter dem Gesamtdurchschnitt steht die Indexziffer in folgenden Landesteilen:

Table with 4 columns: Landesteile, Durchschnitts-Index für 1911, Orte mit dem höchsten Index, Orte mit dem niedrigsten Index. Rows include Schleswig-Holstein, Bayern, Hessen, etc.

Uebrigelandesteile, Berlin u. Vororte, Westfalen, Brandenburg, Hannover, Königreich Sachsen.

Pommern, Mecklenburg-Schw., Ostpreußen, Westpreußen.

Den höchsten Jahresindex weist Konstanz mit 27,45 Mark auf, den niedrigsten Insterburg mit 20,67 Mark. Die Spannung beträgt 6,78 Mark.

Versammlungskalender.

- Schnatten. 3. März, 7 Uhr, bei Andreas Bequeray, Generalversammlung. Gera. 2. März, 1/9 Uhr, im Lokale Kronprinz. M.-Glabach-Polt. 2. März, 1/9 Uhr, bei A. Randerath, am Speiß, Bezirksversammlung.

Bilanz

der Konjungenoffenschaft „Eintracht“, e. G. m. b. H., für das Geschäftsjahr 1911. 1. Januar bis 31. Dezember.

Table with 2 columns: Aktiva, Passiva. Rows include Kassenbestand, Sparkassenguthaben, Warenbestand, etc.

Mitgliederbestand am 1. Januar 1911. Zugang im Jahre 1911. Abgang im Jahre 1911 durch Tod. Abgang im Jahre 1911 durch Aufkündigung.

Der Vorstand. Franz Goldenbach, Wilhelm Gräter, Wilhelm van Grevén.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Solidarität. - Ueber Stoff und Methode der gewerkschaftlichen Lektüre. - Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen. - Fortbildungsschulen für Textilarbeiterinnen.